

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 15

Gründung: Sonntag, 2. August 1898, Preis: vierteljährlich 1,50 M., ohne Post- und Verlagsgebühren. An Post- und Verlagsgebühren. Verteilung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Breitelstr. 4/9 IV. Fernruf: Zentrum 277

Berlin, den 9. April 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Spaltenzeile 3 Mark, für Verbandsmitglieder 2 Mark, Stellenangebote 3 Mark, Verbandsmitteilungen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter!

Seit dem 14. Februar stehen unsere dänischen Arbeitsbrüder einer Riesenaussperrung gegenüber. Schon seit Jahren haben die dänischen Arbeitgeberorganisationen mit solchen Aussperrungsplänen gedroht, die indes bisher durch die Kraft der Gewerkschaften vereitelt werden konnten. Jetzt ist es dem dortigen Unternehmertum gelungen, seine Absicht angesichts des herrschenden Valutabruchs und der auf den Gewerkschaften lastenden Arbeitslosigkeit zu verwirklichen. Ihr Kampf richtet sich

gegen das Achtstundentag-Abkommen

vom Mai 1919, das zum 20. März d. J. gekündigt wurde. Gefündigt sind ferner

alle Tarifverträge für etwa 110 000 Mitglieder, von denen bis zum 1. Februar solche für 80 000, bis zum 1. März für 10 000 abließen und bis zum 1. April für weitere 20 000 Mitglieder ablaufen werden. Ende Februar waren bereits 40 000 Mitglieder ausgesperrt, heute ist ihre Zahl auf 80 000 angewachsen.

Die dänischen Gewerkschaften können in dem ihnen aufgeworbenen Kampfe die Hilfe der Arbeiter anderer Länder nicht entbehren und der Internationale Gewerkschaftsbund hat auch schon Schritte zur Unterstützung eingeleitet.

An die deutschen Arbeiter ergeht heute der Ruf, auch das Ihrige zu dieser Unterstützung beizutragen. Die deutsche Arbeiterschaft hat so oft in guten und bösen Tagen die treue Bruderschaft der dänischen Gewerkschaften erfahren. Tausende deutscher Arbeiter haben dank der tätigen Hilfsaktion der dänischen Gewerkschaften dort in den letzten Jahren liebevolle Aufnahme und Pflege gefunden. Unsere Arbeiterschaft wird nicht zögern, Gutes mit Gutem zu vergelten, eingedenk dessen, daß der Kampf

für die Erhaltung des Achtstundentages

auch in ihrem Interesse durchgekämpft werden muß.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert deshalb zur Unterstützung der dänischen Arbeitsbrüder auf. Er ist davon überzeugt, daß jeder Arbeiter gern bereit ist, 5 Mark, jede Arbeiterin ebenso 3 Mark für die Aussperrten zu opfern. Die eingehenden Beträge sind sofort an die zuständige Berufsorganisation und durch diese an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelstr. 24, abzuführen.

Für den Kampf um den Achtstundentag darf kein Opfer zu hoch sein!

Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Th. Leipart.

Ueber die Erhebung eines Extrabeitrages zur Unterstützung der dänischen Arbeiterschaft steht unser Verbandsvorstand zurzeit mit dem Verbandsausschuß in Verhandlungen. In der nächsten Nr. der „Buchbinder-Zeitung“ wird eine entsprechende Bekanntmachung erfolgen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Lokalsbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

| | Beitragsklasse | | | | |
|-----------------|----------------|-----|-----|-----|-----|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Kr. Stadt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Bünde i. Westf. | — | 50 | 100 | 100 | 100 |
| Danzig | 50 | 50 | 100 | 100 | 100 |
| Eisenberg | 110 | 110 | 110 | 200 | 200 |

Der Verbandsvorstand.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat war der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verlängerung von Demobilisierungsverordnungen zugegangen. Die Regierung hatte um beschleunigte Behandlung des Entwurfs gebeten, das Gesetz infolge des automatischen Außertrittens der Demobilisierungsverordnungen am 31. März 1922 zu diesem Zeitpunkt verfallen zu lassen.

Bei Festsetzung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen bis zum 31. März 1922 bestand, wie wir der Begründung des Gesetzes entnehmen, die Erwartung, daß es bis zum 31. März 1922 gelingen werde, diejenigen zunächst durch außerordentliche Demobilisierungsverordnungen eingeführten Rechtsnormen, deren dauernde Beibehaltung wünschenswert erschien, im Wege der ordentlichen Gesetzgebung in den Rahmen des gemeinen Rechts zu überführen. Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden. Gesetzentwürfe über die genannten Materien sind zwar in Bearbeitung und liegen zum Teil bereits den verfassungsmäßigen Faktoren der Gesetzgebung vor.

Um nun zu vermeiden, daß vom 1. April 1922 ab bis zum Inkrafttreten etwaiger neuer Bestimmungen eine Lücke entsteht, die sehr unerwünscht und für unser ganzes Wirtschaftsleben von schwerwiegender Bedeutung wäre, war es nötig, einen Teil der geltenden Demobilisierungsbestimmungen nach über den 31. März 1922 hinaus zu verlängern. Nach den Beschlüssen des Reichsrates ist dies nunmehr geschehen, und zwar ist die Gültigkeitsdauer bis zum 31. Oktober verlängert worden.

Die Verordnungen, deren Gültigkeitsdauer verlängert wird, sollen zum großen Teil abgelöst werden durch Gesetze, die denselben Gegenstand betreffen. So liegen gegenwärtig Gesetzentwürfe dem Reichstag zur Beratung vor oder sind in Vorbereitung begriffen, die sich auf die Gegenstände folgender Demobilisierungsverordnungen beziehen: die Verordnung des Reichsarbeitsministers über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921; die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitsnachweise vom 9. Dezember 1918; die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918; die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Ar-

beitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919; die Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen vom 8. November 1920.

Weiter wird auch die Gültigkeitsdauer der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 und der Verordnung des Reichsarbeitsministers, betreffend Änderung dieser Verordnung, vom 28. Januar 1922 bis zum 31. August verlängert, und zwar wegen der Bestimmungen der §§ 12 und 25 dieser Verordnung, die die Reichsregierung zunächst für unentbehrlich hält und die in einem neuen Gesetze, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen, sowie in der neuen Schlichtungsordnung ihre anderweitige Regelung finden sollen. In dem vorliegenden Gesetzentwurf ist, was nahegelegen hätte, von einer Klarstellung der Streitfrage, ob durch den § 28 den Demobilisierungskommissionen die Befugnis zur Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen auch in Gesamtschlichtungen gegeben ist, abgesehen worden, da das neue Gesetz in seinem sonstigen Inhalt nur bestehende Demobilisierungsverordnungen in ihrer bisherigen Fassung aufrechterhält, da ferner durch Urteil des Reichsgerichts, 4. Strafsenat vom 13. Juli 1921, ein wesentlicher Einwand gegen die oben bezeichnete Befugnis für unbegründet erklärt ist, und das schließlich die bereits dem Reichstag vorliegende Schlichtungsordnung auch diese Frage demnächst endgültig regeln wird.

Mehrere Landesregierungen bereiten Gesetze über die Regelung der Fortbildungspflicht im Sinne der Verordnung vom 28. März 1919 vor. Daher sollen es geboten, bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze auch die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung über Erweiterung der Fortbildungspflicht für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 28. März 1919 weiter bestehen zu lassen. Die Gültigkeitsdauer aller dieser Verordnungen ist nunmehr bis zum 31. Oktober verlängert worden.

Die übrigen Anordnungen der Reichsministerien und der sonstigen Demobilisierungsbehörden auf Grund der wirtschaftlichen Demobilisierung betreffenden Befugnisse sollen mit dem 31. März 1922 außer Kraft treten.

In einem besonderen Artikel des Gesetzentwurfs wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, die in der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 festgesetzten Sätze der Erwerbslosenunterstützung im Rahmen der verfügbaren Mittel zu erhöhen.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1922 in Kraft.

Sind unsere Löhne zu hoch?

In Unternehmerkreisen ist man fortgesetzt bemüht, die Deffektivität glauben zu machen, daß die Löhne der Arbeiterschaft nicht bloß mit der Teuerung stets gleichen Schritt gehalten haben, sondern die Teuerung sogar weit überflügelt hätten, so daß die Arbeiterschaft mit ihren Löhnen jetzt weit besser als in der Vorkriegszeit dastehe. Da man aber dort offenbar selbst das Gefühl hat, daß man solchen Be-

hauptungen keinen Glauben schenken kann, so versucht man, diese Besserstellung der Arbeiterschaft auch zahlenmäßig nachweisen zu wollen. Daß dies nur unter Vergewaltigung der Wahrheit möglich ist und deshalb vorbeigelingen muß, brauchen wir unserer Kollegenschaft nicht besonders zu sagen. Derartige Wandler der Arbeitgeberpresse haben wir bereits wiederholt an dieser Stelle tiefer gehängt.

Zur Abwechslung mühen sich jetzt die „Mitgl. des Verbandes Deutsch. Buchb.-Besitzer“ ab, den Nachweis für übertrieben hohe Löhne im Buchbinder-gewerbe zu erbringen. Nach Untersuchung der Löhne und Unterhaltskosten der Vorkriegszeit und jetzt kommt man zu folgendem Schluß:

„Angesichts der Tatsache, daß der Arbeitnehmer des Buchbindergewerbes einen viel höheren Lohn hat, als es der Steigerung der Teuerungszahlen entspricht, und angesichts der Tatsache,

daß er diesen höheren Lohn, als die Teuerungszahl, im Gegensatz zu anderen Berufen hat, die hinter dieser Steigerung weit zurückgeblieben sind, kann man eher sagen, daß das Niveau der Lebenshaltung des Arbeitnehmers der Buchbinderei zum mindesten relativ zu anderen Gruppen der bestbezahlten weit über dem der Vorkriegszeit liegt.“

Wie die Beweise dafür aussehen, können unsere Kollegen daraus ersehen, daß man den Friedenslohn der Berliner Buchbinder von 0,58 Ml. allen Ernstes mit einer 46stündigen Arbeitszeit multipliziert, „weil man ja jetzt dort auch die 46stündige Arbeitszeit hat“. So gelangt man dann zu einem Wochenlohn von 26,68 Ml., während dieser in Wirklichkeit 30,45 Ml. bei der damaligen 52 1/2 stündigen Arbeitszeit betrug. Im weiteren Verfolg dieses Rechenkunststückes gelangt der Schreiber dann zu einer Lohnindexziffer von 983 für August 1921, während diese bei dem tatsächlichen Lohn von 30,45 Ml. nur 861 beträgt. Dabei hat man aber anscheinend ganz übersehen, daß selbst diese so kunstvoll errechneten Zahlen das Gegenteil nachweisen; denn die Teuerungsziffer für Berlin betrug für die gleiche Zeit 1008. Damit ist also trotz aller Verdrehungskunststücke bewiesen, daß die Lohnindexziffer selbst im August weit hinter der Teuerungsziffer zurückstand.

Daß die Löhne im Buchbinder-gewerbe selbst in Berlin die ganze Zeit über stets weit hinter den Teuerungszahlen zurückgeblieben haben, beweist unsere folgende Gegenüberstellung der Lebensunterhaltskosten mit den tariflichen Löhnen. Dabei haben wir aber sogar bei der Berechnung der Löhne die 46stündige Arbeitszeit in Ansatz gebracht, trotzdem für einen erheblichen Prozentsatz nur die 46stündige Arbeitszeit in Frage kommt.

| Monat | Amthliche Teuerungsziffer (Berlin für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung*) | | Wöchentliches Existenzminimum nach Dr. Kuczynski | | Tariflicher Wochenlohn für verheir. Gehilfen |
|----------|---|-------------|--|-----|--|
| | für 4 Wochen | für 1 Woche | M. | Pf. | |
| 1921 | | | | | |
| Januar | 960 | 240 | 800 | 820 | 256,80 |
| Februar | 916 | 229 | 848 | 818 | 273,60 |
| März | 918 | 228 | 848 | 808 | 273,60 |
| April | 897 | 224 | 826 | 801 | 273,60 |
| Mai | 975 | 219 | 896 | 825 | 273,60 |
| Juni | 880 | 220 | 880 | 811 | 273,60 |
| Juli | 999 | 230 | 876 | 824 | 273,60 |
| August | 1045 | 261 | 892 | 839 | 273,60 |
| Septbr. | 1056 | 264 | 896 | 849 | 824,— |
| Oktober | 1189 | 295 | 927 | 886 | 824,— |
| Novembr. | 1418 | 354 | 881 | 809 | 408,— |
| Dezembr. | 1555 | 389 | 888 | 857 | 504,— |
| 1922 | | | | | |
| Januar | 1660 | 440 | 860 | 848 | 582,80 |
| Februar | 1992 | 498 | 747 | 827 | 592,80 |

*) Da bei den amtlichen Teuerungszahlen die Ausgaben für Bekleidung, Steuern und sonstige direkte Ausgaben nicht berücksichtigt worden, bilden diese nur etwa zwei Drittel des gesamten Existenzminimums

Dabei möchten wir aber zu der vorstehenden Tabelle noch besonders betonen, daß sowohl das Existenzminimum nach Dr. Kuczynski wie die amtlichen Teuerungszahlen außerordentlich niedrig gehalten sind.

Und wenn der Kritikerschreiber sich weiter der geringen Mühe unterzogen hätte, einen Blick in die vom „Korrespondenzblatt“ des DGB. am 4. März

veröffentlichte Lohnnachweisung zu werfen, so würde er gefunden haben, daß unter den 39 dort aufgeführten Gewerkschaften das Buchbinder-gewerbe mit seinen Spitzenlöhnen in Berlin erst an etwa 20. Stelle steht. Man sollte also endlich mal mit dem groben Unfug aufhören, etwas beweisen zu wollen, woran man im Ernst selbst nicht glauben kann.

Das Buch auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Das Organ der Buchhandlungsangestellten bringt die nachstehende, auch unsere Mitglieder interessierende Abhandlung:

Zwei Welten sind es, die sich in Leipzig zur Messe offenbaren: Der Kreis der Händler, Geldjäger und Geldverlierer und dahinter die Kultur des 20. Jahrhunderts, die freilich sehr oft nur als Zivilisation bezeichnet werden kann. Zwei Welten, die sich auch dort zeigen, wo eine im Verhältnis zu den übrigen Messe-artikeln besondere Ware, das Buch, angeboten wird. Das Buch, das doch eigentlich alles andere als ein Messeobjekt darstellt, das wegen seines Inhalts gekauft werden soll, und das deshalb kaum in wenigen Stunden hundertweise geprüft werden kann. Und doch muß unter der heutigen Wirtschaftsform auch der Bücher-messe die Existenzberechtigung zugesprochen werden, denn unter den vielen zur Schau gestellten Produkten des deutschen und deutschösterreichischen Verlagsbuchhandels ist durchaus nicht jedes Werk eine Neuererscheinung, deren innerer Wert erst durch eine zeitraubende Lektüre beurteilt werden kann. Und wo es sich doch um ein solches völlig neues Werk handelt, lassen Verleger und Verfasser oder zum mindesten einer von beiden den Fachmann Schluß auf den Inhalt ziehen. Das dadurch gewonnene Ergebnis mit der durchaus nicht unwichtigen Buchausstattung in Verbindung gebracht, wird den voraussichtlichen Bedarf einigermaßen bestimmen lassen. Nicht der Inhalt, die Ausstattung des Buches ist es, die auf der Messe geprüft wird und die dort den letzten Ausschlag für die Bestellung gibt. Darum ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß diejenigen Erzeugnisse des Buchhandels im Vordergrund stehen, bei denen die äußere Gestaltung sehr viel bei der Beurteilung der Preiswürdigkeit mitzusprechen hat, also Bildbücher, Jugendbüchlein, Klassiker, illustrierte Bücher allgemeinen Inhalts, Romane und Erzählungen, Luxus- und Vorzugsdrucke und Bildwerke. Dazu kommt, daß viele Verleger ihre Veröffentlichungen in drei bis vier verschiedenen, nur durch das zur Herstellung verwendete Material differenzierten Ausgaben herausbringen, deren Unterschiede nicht durch Infarste, Prospekte oder bibliographische Aufnahmen anschaulich klargelegt werden können, die vielmehr durch Probeexemplare wirken müssen.

Das Gesamtbild der diesjährigen Frühjahrsmesse zeigt in der Abteilung Buchhandel gegenüber der letzten Veranstaltung keine wesentlichen Veränderungen. Außerlich ist eine kleine Verschiebung dadurch eingetreten, daß die buchgewerblichen Maschinen aus dem Bugrammehaus ausquartiert worden sind, so daß der Buchhandel sich etwas besser konzentrieren konnte. Immerhin ist die gesamte Büchermesse noch nicht in einem Hause vereinigt. Eine Reihe innerlich in keinem Zusammenhange stehender Verleger stellt des im Bugrammehaus noch immer herrschenden Raumangels wegen in einem dazu besonders hergerichteten Raum der Sortimentbuchhandlung Rainer Wunderlich aus, der evangelische Verlagsbuchhandel ist bei seinem Spezialkommissionär Wollmann zu Gast, die der Jugendbewegung nahestehenden Verleger haben eine besondere Messe in Miniaturnatur in den anheimelnden Verkaufsräumen der Wanderbuchhandlung, das Sortiment ladet die Besucher in das Volkmarhaus, und vereinzelte Firmen sind in die Papiermesse geraten, in der übrigens mehrere Verleger neben ihrem Stand auf der Bugrammehaus eine zweite Ausstellung veranstaltet haben.

Bei der Betrachtung der diesmal ausgestellten Bücher kann festgestellt werden, daß das Steigen der äußeren Qualität besonders bei den mittleren Preislagen, bei Romanen und ähnlichen Erscheinungen weiter anhält. Das gemeine Holz-papier ist verschwunden. Der Pappereinband ist sehr stark auf dem Rückzuge. Der Halbleinband dominiert, der behibiderte Buchdeckel weicht dem vornehm typographisch gestalteten Einband, der farbige Umschlag behauptet seinen Platz. Die Preise steigen. Eine Druckseite im Oktavformat kostet bei broschierten Werken durchschnittlich 10 Pf. Die Konjunktur des Exports ist leise sichtbar. Vereinzelte Firmen haben ihre Buchherstellung eingeschränkt und sich dafür auf die Herausgabe graphischer Wappen und Einzelblätter verlegt, für die natürlich, da die Hemmung der verschiedenen Sprachen dabei wegfällt, der Weg ins Ausland leichter gefunden wird. Die Beteiligung der umsatzgerichteten Verlage wächst. Neben der bereits

früher vertreten gewesenen Buchhandlung Vorwärts tauchen der Verlag der Kommunistischen Internationale, die Biva (die Vereinigung der Firmen A. Seehof u. Co. und Frankes Verlag) und der Verlag der Arbeiterjugend auf. Der Richtung der freien Gewerkschaften nahestehende Gewerkschaftsliteratur hat Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart, ausgestellt, u. a. Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung; Nestriepke, Gewerkschaftslehre (Sonderausgabe, der dreibändigen Gewerkschaftsbewegung entnommen); Wilbrand, Konsumgenossenschaften; Wisfler, Ohne Planwirtschaft keinen Aufbau; Piepmann, Kartelle und Trusts, und Piepmann, Unternehmungsformen mit Einfluß der Gewerkschaften. Die Gesamtheit der sozialistischen Verlage und der durch einzelne Verlagsartikel der sozialistischen Weltanschauung nahestehenden Verleger ist freilich noch immer nicht so organisiert wie andere Richtungen, die auch durch gemeinsame Ziele verbunden sind. . . . Im Kern lebendige, das wahre Menschentum weisende Bücher bringen die Verlage der deutschen Jugendbewegung auf den Plan. Es sind unbedingt starke Kräfte im Reimen, an denen auch der Gewerkschafter nicht vorbeigehen darf, für den der Zusammenschluß der Lohn- und Gehaltsarbeiter nicht nur eine Frage ist, der vielmehr das Endziel in der im Geistigen endenden Idee sieht. . . .

Als Beispiel für die Buchausstattung, wie sie sein soll, können die Verlagszeugnisse von Quelle u. Meyer in Leipzig genannt werden. Der Verlag gibt seinen Kindern ein wirklich wohltuendes, dabei den Inhalt durchaus nicht in den Hintergrund drängendes Kleid mit auf den Weg. Keine Bilder mehr kann bagegen in den Ausstellungen der auf den Titelblättern mit viel „Liebe“ arbeitenden Verleger, die ihre Abnehmer in den Kreisen der Papierwarengeschäfte und Vorortsbuchhändler suchen. Eine schreckliche Frage struppeliger Gewinnlust kommt dort zum Vorschein. Sichererweise beteiligen sich diese Fabriken geschmacklos literaturfremdes nicht auch noch in der schreienden und aufdringlichen Straßenreklame mit ihren Harlekinaden und Wägen, durch die Zigarrenspitzen, Schubpulver-mittel und ähnliche Kulturerrungenschaften des 20. Jahrhunderts mit Vorliebe während der Leipziger Engrosmesse angepriesen werden. . . .

Kurt Fleischhach.

Auf dem Wege zur 100 000!

Die Auflage der „Buchbinder-Zeitung“ ist auf über 94 000 gestiegen. Es ist nicht schwer, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in ähnlicher Aufwärtsbewegung begriffen ist. Die Zeit wird also nicht mehr sehr fern sein, in der wir die vollen 100 000 erreicht haben werden.

Nun wird man sich durch die hohen Zahlen aber auch nicht täuschen lassen und verzeihen dürfen, daß der Freudebescher nicht nur unverfälschten Mein, sondern auch Wasser enthält und nicht selten sogar mehr Wasser denn Wein. Es ist deshalb kein Wunder, wenn trotz des freudigen Bechers keine rechte Stimmung aufkommen will. Die wachsenden Mitgliederzahlen des Verbandes und die zunehmende Auflageziffer der „Buchbinder-Zeitung“ drücken den wahren Stand der Dinge nur unvollkommen aus. Die Redaktion hat sich deshalb auch bereits veranlaßt gesehen, auf die sich mit der Auflageziffer der Zeitung ständig steigenden hohen Kosten aufmerksam zu machen, die durch den Druck der Zeitung verschlungen werden. 800 000 Ml. für 52 Nummern à 4 Seiten oder 1 500 000 Ml. für solche à 8 Seiten sind Beträge, die selbst im Zeichen der seitigen Geldentwertung Beachtung verdienen. Es ist deshalb der Vorschlag gemacht worden, die Verbandsorgane der Buchbinder, Stein-drucker und Hilfsarbeiter zu einem Organe zu verschmelzen, um auf diese Weise eine Verbilligung zu erzielen und das Niveau der Zeitung zu heben. In beiden Beziehungen ist eine Abhilfe dringlichst notwendig. Ob das aber auf dem vorgeschlagenen Wege möglich sein wird, ohne die Interessen der engeren Berufsgenossen zu gefährden, ist eine Frage, deren Lösung ich berufeneren Köpfen überlassen will. Jedem-falls ist die Frage einer recht eingehenden Prüfung wert und wird wohl erwartet werden dürfen, daß entsprechende Schritte eingeleitet werden, um dem Verbandsstake nicht nur die eigene Meinung über die Frage, sondern auch die der anderen beteiligten Organisationen unterbreiten zu können. Die Einheitszeitung bedeutet sicher eine sehr wesentliche Annäherung zum Einheitsverband.

Die Zeitungsfrage ist aber auch in anderer Beziehung eine brennende geworden. Die Auflage ist auf über 94 000 gestiegen. Wieviel Verbandsmit-glieder mögen es aber wohl sein, die die Zeitung mit wirklichem Interesse lesen und aufmerksam verfolgen? Wenn darüber einwandfreie Erhebungen möglich wären, fürchte ich sehr, daß mit einem recht beschämenden Resultat gedient werden müßte. Ein Gang durch unsere Betriebe am Tage der Zeitungs-ausgabe dürfte da recht reichlich sein und zeigen, daß viele Kollegen und Kolleginnen das Verbandsorgan

erhalten, ihre Beiträge pünktlich entrichten und trotzdem keine Verbandsmitglieder sind. Es braucht niemand zu glauben, daß die Mehrheit der Zeitungsempfänger die kurzen Ruhepausen während der Arbeitszeit benutzen, um den Inhalt der neuen Zeitung zunächst einmal kurz zu überprüfen. Es braucht auch niemand zu glauben, daß die Zeitung kein fäulterlich gefaltet und mit nach Hause genommen und dort mit Ruhe und Muße studiert wird. Wenn es hoch kommt, holt man sich einzelne Nummern aus dem Kuchenschrank und läßt den Rest unbeachtet liegen. Ist das der Zweck des Verbandsorgans?

Die Auflage der Zeitung ist in ständigem Steigen begriffen. Es steigen aber nicht nur die Zahlen der „Leser“, sondern auch die Unkosten, die durch den Druck und Versand der Zeitung notwendig werden. Wenn man sich dann auf der anderen Seite vergegenwärtigt, daß eine sehr erhebliche Anzahl von Verbandsmitgliedern den Wert der Zeitung nicht zu würdigen versteht und sie achillos beiseite legt, dann können einem schon Gedanken darüber auftauchen, ob die bisherige Gepflogenheit, den Mitgliedern die Zeitung unentgeltlich zu liefern, dem Wert der Summe entspricht, die alljährlich dafür aufgewendet werden muß. Das Verbandsorgan soll aufklärend und erzieherisch wirken. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn Gewähr dafür vorhanden ist, daß die Zeitung aufmerksam gelesen wird. Geschieht das von etwa der Hälfte der Mitglieder nicht, dann bedeutet das die nutzlose Ausgabe der Hälfte der Zeitungskosten pro Jahr. Das ergibt Summen, die wert sind, zu prüfen, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, auf denen diesem Uebelstand vorgebeugt zu werden vermag.

Im Zentralverband der Angestellten ist man seit geraumer Zeit dazu übergegangen, den Mitgliedern das Verbandsorgan nur noch auf Postabonnement zur Verfügung zu stellen, den Bezugspreis aber einschließlich des Bestellgeldes auf den Verbandsbeitrag anzurechnen. Im Verband Deutscher Buchdrucker wird der „Korrespondent“ lediglich den Mitgliedern geliefert, die besonders darauf abonnieren, ohne jedoch den Bezugspreis auf den Beitrag anzurechnen. Ich bin nicht in der Lage, beurteilen zu können, wie sich diese Einrichtung in der Praxis bewährt hat. Es wird aber angenommen werden dürfen, daß mindestens bei den Buchdruckern schlechte Erfahrungen nicht gemacht worden sind, weil dort die Einrichtung bereits seit Jahrzehnten besteht und keine Reivigung vorhanden zu sein erscheint, davon abzugehen. Ich habe den Eindruck, daß eine Zeitung, für welche ein kleines Opfer gebracht werden muß, in angemessener Weise gewürdigt wird, als dies der Fall ist, wenn das Blatt ohne besonderes Entgelt zur Verabfolgung gelangt. Dabei kann es dahingestellt bleiben, ob die bei den Angestellten und den Buchdruckern eingeführte Einrichtung auch anderen Gründen entspringen ist. Es wird meines Erachtens Aufgabe der entsprechenden Stellen sein können, die Angelegenheit einer sachgemäßen Prüfung zu würdigen und dem nächsten Verbandstag gegebenenfalls mit dem einschlägigen Material zu dienen. Jedenfalls erscheint mir die Lösung der Frage des Schwelbes der Eiden wert, um zu verhüten, daß Mittel des Verbandes zwecklos verausgabt werden. Wenn sich durch die Verwirklichung der vorstehenden Anregung zunächst nur eine Aufstagesfeier der Zeitung in Höhe von 50 000 ergeben sollte, würde das trotzdem einen Gewinn bedeuten, und das weniger wegen der ersparten Druck- und Papierkosten, als vielmehr deshalb, weil angenommen werden darf, daß die zukünftigen Abonnenten nicht nur Abonnenten, sondern auch Leser der Zeitung sein werden. Sowie zunächst über die Zeitungsfrage.

Aber auch in anderer Beziehung ist die Erfüllung von Wünschen offen geblieben. Wohl darf zunächst festgestellt werden, daß die einzelnen Gauen und Bezirke im Laufe der Jahre eine sehr erfreuliche Ausdehnung erfahren haben, daß in allen eine Vermehrung der Zahlstellen und der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist, die Beweis dafür sein können, daß die Tätigkeit der Gau- und Bezirksleiter und nicht zuletzt die Tätigkeit der Kollegen und Kolleginnen in den neuen Verwaltungsstellen selbst von Erfolg gewesen ist. Schließlich ist aber im besonderen hervorzuheben, daß es nicht lediglich bei der Erhöhung der Mitgliederzahl geblieben, daß es vielmehr auch möglich gewesen ist, einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Der Verband ist also in der Lage gewesen, seinem Ziele näher zu kommen. In den Zahlstellen pulsiert zumeist ein reges Verbandsleben, das Gewähr dafür ist, daß der vollen Erfüllung der Verbandszwecke die Wege nach besten Kräften bereitet werden. Weniger erfreulich ist jedoch, daß in einer nicht kleinen Anzahl von Verwaltungsstellen eine gewisse größere Selbstständigkeit vermisst werden muß.

In den Vorkriegsjahren haben große Summen für Agitation aufgewendet werden müssen. Die Zahl der Verbandsmitglieder war in vielen Orten gering, die Gefahr für die tätigen Kollegen und Kolleginnen,

gemahregelt zu werden, jedoch groß. Die Erfolge jahrzehntelanger Tätigkeit konnten mit einem Schlag vernichtet werden. Es war deshalb ganz natürlich, daß die Zahlstellen die Hilfe der Verbandsangestellten in hohem Maße in Anspruch nahmen. Heute liegen die Dinge sehr viel anders. Die Zahlstellen sind erstarkt, die Mitglieder von dem Werte der Organisation überzeugt; es haben sich Kräfte entwickelt können, die sehr wohl in der Lage sind, die Geschäfte sachgemäß zu führen, denen nichts fehlt, als eine größere Selbstständigkeit. Die jetzt noch zu verzeichnende Unselbständigkeit, dieses hängen am Hofenbände der Angestellten, hindert die Entfaltung deren Tätigkeit in den Orten, in denen dies noch notwendiger ist. Diese Unselbständigkeit kommt nicht nur in kleinen Zahlstellen, sondern selbst in großen zum Ausdruck und in Betrieben, deren Belegschaft nach Hunderten zählt. Wenn der Gau- oder Ortsgewaltige nicht zur Stelle ist, macht die Maschine nicht die richtige Tourenzahl. Das ist ein wunder Punkt in unserm Organisationsleben, der der Heilung bedarf, der zeigt, daß trotz aller im Laufe der Jahre gemachten Fortschritte noch manches zu tun übrig geblieben ist. Jedes Verbandsmitglied hat die Pflicht, selbst seinen Mann zu stellen. Es darf in keiner Situation ratlos dastehen. Es muß wissen, was in einem gegebenen Falle zu geschehen hat. Dabei braucht die Fühlung mit der Organisationsleitung nicht verlorenzugehen. Das, was für das einzelne Mitglied gilt, gilt in noch höherem Maße von den Vorständen der Zahlstellen. Aber auch hier ist es selbstverständlich, daß das Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Mitgliedern und den zuständigen Instanzen nicht vernachlässigt werden darf. Das Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder bedingt jedoch im allgemeinen größere Selbstständigkeit des einzelnen, größere Selbstständigkeit der Zahlstellen. Die Bewegung darf nicht nur in die Breite gehen, sondern muß noch mehr als bisher in die Tiefe geführt werden.

Zum Verbandstag.

Eines der wichtigsten Probleme, welches den Verbandstag beschäftigen muß, ist die Erörterung der Frage: „Ist die Einheitsorganisation im graphischen Gewerbe möglich und was kann zur Erreichung derselben geschehen?“ Aus den verschiedensten Gegenden des Reiches kommt die Nachricht, daß der Zusammenschluß der vier graphischen Verbände das rege Interesse der beteiligten Arbeiterschaft besitzt. Hier in Frankfurt a. M. hat sich eine Vertrauensmännerfession des Graphischen Kartells mit der Frage beschäftigt. Sie beschloß die Bildung einer Kommission, welche Richtlinien für den Zusammenschluß ausarbeiten sollte. Das ist geschehen. Und wenn auch noch keine Gelegenheit war, in gemeinsamer Versammlung Bericht erstatten zu können, so hat doch die Zahlstelle Frankfurt sich die ausgearbeiteten Richtlinien durch einstimmigen Beschluß einer Vertrauensmännerfession zu eigen gemacht und dieselben als Antrag zum Verbandstag gestellt. (Antrag 217.)

Die Frage des engeren Zusammenschlusses ist nicht neu. Immer und immer wieder, schon jahrelang vor dem Kriege, beschäftigten sich die Verbandstage aller vier Verbände mit der Frage. Der Erfolg freilich war ein rapid magerer. Als jedoch nach dem Kriege die rasche Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften einsetzte, als auch die Gewerkschaften von Befehes wegen mehr Mitbestimmungsrecht im wirtschaftlichen Leben erhielten, da konnte man dem Drängen der Arbeiterschaft nicht länger widerstehen; es mußte ein Schritt getan werden. Auch die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben machten es nötig, etwas einheitlicher zu marschieren. Da gründete man den „Graphischen Bund“. Die Satzungen des „Graphischen Bundes“ sind vom 17. November 1919 datiert. Sie waren ein Schritt vorwärts, aber kein allzu großer. Inwieweit man den Satzungen entsprechend gehandelt hat und ob nicht doch noch etwas mehr damit hätte erreicht werden können, soll für heute ununtersucht bleiben. Die Herausgabe des „Graphischen Bundes“ und die Anstellung eines Bundessekretärs war ein weiterer, schon etwas größerer Schritt. Hier nahm das Gemeinliche schon greifbare Formen an. Aber stehen bleiben dürfen wir nun keineswegs. Kollege Galsch, Offenbach, veröffentlicht in der Januarnummer des „Graphischen Bundes“ einen Artikel, in welchem er, gemessenmaßen als weiteren Schritt, fordert, daß sich der Graphische Bund zu einer Spitzenorganisation auswache, die den Verbandsvorständen übergeordnet sei. Bundesbeamte für die Agitation in weniger besiedelten Gebieten werden da gefordert. Dieser Vorschlag erscheint mir aber äußerst abwegig. Ich unterschreibe jedes Wort, welches zur Begründung der Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit gesagt wird. Es treffen alle auch für den Einheitsverband zu. Ist es denn aber nötig, statt den organisatorischen Zusammenschluß zu vollziehen, erst nochmals ein neues Instrument zu

schaffen? Warum „braucht man noch lange nicht an eine streng zentralistische Einschmelzung zu denken“? Wo sind die wirklichen Hinderungsgründe, die dies unmöglich machen könnten? Ich habe vergeblich in Verbandsprotokollen, Jahresberichten und persönlichen Auseinandersetzungen danach gesucht. Da heißt es: „Der organisatorische Aufbau ist verschieden.“ Besteht wirklich nicht die Möglichkeit, hier etwas Einheitliches zu schaffen? Keiner wird es behaupten wollen. Oder man sagt: „Die Tarifpolitik kann man nicht unter einen Hut bringen.“ Hier kann jedenfalls ohne weiteres manches vereinheitlicht werden. Aber wenn dies auch nicht sofort ganz geschehen kann, können nicht im Einheitsverband auch Separatverträge für die einzelnen Sparten geschaffen werden? Ist das nicht heute auch in unserm Verband der Fall? Kleinliche Geister könnten auf den Vermögensstand der Verbände hinweisen. Man nehme die Jahresberichte von 1920 zur Hand und vergleiche beispielsweise die Arbeitslosentage, und man kann sich an den Fingern abzählen, wer bei gleichen Verbandsbeiträgen den größten Vorteil vom Zusammenschluß hat.

Die Gründe, die für den Zusammenschluß sprechen, sind so oft besprochen worden und liegen für jeden ABC-Schützen der Gewerkschaftsbewegung so klar, daß es unnötig ist, heute nochmals darauf näher einzugehen. Nur auf die Agitationskraft eines Einheitsverbandes in den Betrieben sei nochmals verwiesen. Und nun möge man in Kollegenkreisen, wo man sich bis jetzt noch nicht erneut mit der Frage beschäftigt hat, einmal Stellung dazu nehmen. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg. — Möge der Verbandstag das Seine tun, damit auch ihm das Motto werde: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“

Frankfurt a. M. Hermann Driloff.

Die in Nr. 10 der „B.-Z.“ aufgeworfene Frage der Schaffung einer „Einheitszeitung“ für die graphischen Verbände, mit Ausnahme der Buchdrucker, wird meines Erachtens in den Mitgliederkreisen freudiges Zustimmung erfahren. Warum es für die Buchdrucker nicht möglich sein soll, trotz der besonderen Einstellung und Erscheinungsweise, in dieser Sache mitzugeben, bedarf einer näheren Aufklärung. Wenn der gute Wille auch dort vorhanden ist, könnte die wirkliche „Einheitszeitung“ der graphischen Verbände geschaffen werden, soll der von allen vier Verbänden anerkannte Grundlag „Schaffung eines Industriebundes“ kein leerer Wahn sein. Meines Erachtens bedeutet die ausgearbeitete Frage eine Probe aufs Exempel zum Industriebund. Rein kaufmännisch gerechnet besteht die Verpflichtung, das Zeitungstonio, das heute alle beteiligten Verbände zu stark belastet, nach unten zu revidieren. Materiell sind also alle beteiligten Verbände gleich interessiert. Nach der idealen Seite hin mag es wohl auf der einen oder anderen Seite Bedenken oder Einwendungen geben. Bei der Schaffung von etwas Großem darf man sich jedoch nicht in Nebensächlichkeiten, die schließlich bei der Verwirklichung der Sache mehr oder weniger berücksichtigt werden können, verlieren. Maßgebend nach der idealen Seite ist doch, daß die Gewerkschaftspresse auf Grund der Zweckbestimmung der Gewerkschaft zu redigieren ist. Die Betätigung der Gewerkschaften und insbesondere die der graphischen Verbände in wirtschaftlicher, sozialpolitischer und in allgemeiner Hinsicht beruht auf denselben Grundlagen und Voraussetzungen. Auch dadurch kann nach der idealen Seite nur Gutes gesehen, indem mit einer Einheitszeitung die Voraussetzungen gegeben sind zur Erhöhung des Niveau der Zeitung. Zusammengekommen bringt die Schaffung einer Einheitszeitung materielle und ideale Vorteile. Großer Wert muß darauf gelegt werden, daß keiner der in Betracht kommenden Verbände abseits steht. In Mitgliederkreisen würde man es für wahr nicht verstehen, wenn kein einheitliches Vorwärtsschreiten zustande käme. Pflicht der Verbandsleitungen wird es daher sein, zu der aufgeworfenen Frage Stellung zu nehmen und so rechtzeitig zu einer Klärung zu kommen, daß die Verbände, die in diesem Jahre ihren Verbandstag abhalten, dort schon zu entsprechenden Beschlüssen kommen können. Bei der Verwirklichung der „Einheitszeitung“ wäre aber auch die jetzt bestehende Betriebsrätezeitung „Der Graphische Bund“ aufzugeben.

München. Adolf Müller.

Der Verbandstag rückt näher, die Vorarbeiten sind getroffen. Die Redaktion hat ungefähr in dem Sinne, daß der Rede Würze die Kürze sei, den Wunsch kundgegeben, recht kurze Stellungnahmen zum Verbandstage einzuschicken. Schwere Verbaunagschmerzen scheint heute unseren Funktionären die Presse zu verursachen. Ich kenne die teuren Papierpreise usw. Aber dennoch ist es verkehrt, bei der Aufklärung der Kollegenschaft sparen zu wollen. Wir können ruhig feststellen, daß unser Verband nur zu einem Viertel aus alten Mitgliedern besteht. Deshalb muß die Presse nicht abgebaut, sondern auf

gebaut werden. Die Mehrkosten müssen eben gedeckt werden durch die Beitragsfrage. Die Stellungnahme der Redaktion ist nur halb richtig, für die Interessensvertretung von 3 Organisationen ist ein achtseitiges Organ ungenügend. Und dann muß ich als Anhänger des werdenden Graphischen Industrieverbandes schon den „Graphischen Bund“ als die künftige Verbandszeitung ansprechen. Nach wie vor wird es nötig sein, unsere „Buchbinder-Zeitung“ neben den anderen Organen der übrigen Verbände als Fachzeitschrift weiter bestehen zu lassen. Mir steht für diesen Fall die Presse des Angestelltenverbandes als Vorbild vor Augen. Sämtliche 9 Reichsfachgruppen haben für die Erledigung ihrer speziellen Aufgaben eine Fachzeitschrift zur Verfügung. Alle gemeinsamen Gewerkschaftsfragen, aufklärende Artikel usw. werden dem engeren Verbandsorgan, die speziellen Berufsfragen der Fachzeitschrift zufallen. In diesem Falle dürfte vielleicht normalerweise mit einem vierseitigen Fachorgan auszukommen sein. Solange diese Frage aber noch nicht so weit ist, muß uns, wenn Bericht-erstattung und aufklärende Artikel nicht Arg leiden sollen, ein achtseitiges Organ zur Verfügung stehen.

Ich habe die Beitragsfrage damit eigentlich schon geklärt. Wenn wir am Beginn des Krieges einschließend aller Klassen über 1½ Millionen verfügten, so müssen wir jetzt mindestens mit 50—60 Millionen rechnen. Um die darüber Beumrühung der Mitglieder zu bannen, ist es notwendig, ein Beitrags-system zu finden, um zum Ziele zu gelangen. Wir werden noch für lange Zeit mit monatlichen Tarifbewegungen zu rechnen haben. Die beste Lösung ist die Erhebung eines Stundenlohnes. Mit jedem Tarifabschluß ändert sich daher Stundenlohn und Beitrag. Lange Begründung zu machen verbietet der Raum. Nur eine, bisher nicht beachtete Seite will ich erwähnen. Der Uebergang zu normalen Zeiten muß mit Notwendigkeit zu riesiger Arbeitslosigkeit führen. Große Arbeitslosigkeit bringt nicht nur riesige Ausgaben an Unterstützungen mit sich, sondern erweckt auch seitens unserer Gegenpartner den Drang der Lohnkürzung. Wir sehen dieses Bestreben in England. Deshalb müssen wir die Macht erringen, um statt Massenandängungen die eingeschränkte Arbeitszeit zu erhalten. Wollen wir über diese schwere Klippe kommen, dann brauchen wir ein Verbandsvermögen, von dessen Größe wir kaum eine Ahnung haben können.

Aber hierzu genügt letzten Endes nicht die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Hierzu brauchen wir auch einen Einfluß auf die Staatsgewalt. In Wirklichkeit übt der ADGB schon diese politische Macht aus. Diese Macht wird und muß erstarken mit dem Wachstum der wirtschaftlichen Macht. Auch diese Verhältnisse haben wir unseren neuen Mitgliedern beizubringen. Es gibt heute kaum noch Gewerkschaftler, welche den eng begrenzten Neutralitäts-gedanken der Vorkriegszeit hochhalten. Damit soll nicht die Verpflichtung zu einer politischen Partei ausgesprochen sein, wohl aber die Erkenntnis, daß der Sozialismus die Erfüllung der Gewerkschaftsbewegung ist. Dieses Bekenntnis ist dringend geboten. Deshalb gehört es in den programmatischen Teil unserer Verbandsstatuten. Wenn wir an die Zukunft der Arbeiterbewegung glauben, dann müssen wir erkennen, daß mit der leider heute noch im Vordergrund stehenden Lohnpolitik nicht der Inhalt unserer Gewerkschaften erfüllt ist. Wir müssen Aufbauorgane der neuen Gesellschaft werden.

Zum Schluß müssen wir alles tun, um den Industrieverband zu fördern. Jeder Tag der unnötigen Verzögerung ist ein Verlust. Die Entwicklung treibt mit Riesenschritten. Arbeiten wir in diesem Sinne, dann wird der Verband ein Markstein werden nicht nur für die Kollegenchaft im engeren Sinne, sondern für die gesamten graphischen Berufsgenossen.

Ernst Gassch.

In diesen Tagen wird wohl in allen Zahlstellen eingehend der Verbandstag debattiert werden. Das ist gut so, denn dies bemißt am besten, welche hohe Bedeutung gerade diesem Verbandstag entgegengebracht wird. Eine große Rolle wird ohne Zweifel die Reichstarpolitik spielen. Würden wir Bielefelder Kollegen Richtungsmissenpolitik treiben, dann würden wir den ganzen Reichstarpf lieber zu allen Teufeln wünschen. Aber anerkannt wird auch hier, daß der Reichstarpf ganz sicherlich für eine ganze Reihe Orte Vorteile gebracht hat. Wogegen sich die Mehrzahl der Bielefelder Kollegen — ob mit Recht oder Unrecht mag dahingestellt sein — wendet, ist der äußerst schwerfällige Apparat der Lohnratgeberhandlungen. Sie wünschen an Stelle des zentralen Lohnratstarpf Bezirkslohntarife. Mindestens Ende Februar hätten schon Verhandlungen stattfinden müssen. Daß unsere Verbandsinstanzen auch in diesen Fragen ihre volle Schuldigkeit tun, davon sind wir überzeugt.

Aber ohne Zweifel ist, daß wir in der Lohnfrage gegenüber anderen Gewerben immer mehr ins Hintertreffen kommen.

Der Verbandstag muß auch darüber entscheiden, daß unter allen Umständen eine Lehrlingsordnung aufzunehmen ist. Es geht auf die Dauer nicht, daß man gerade in der Entlohnung der Lehrlinge immer noch um jeden Pfennig feilschen muß.

Zur Unterstützungslage stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß die Organisation vornehmlich Kampforganisation sein muß. Die Unterstützungen aber im jetzigen Moment abzubauen, würden wir nicht für tunlich halten. Sicherlich sind diese auch heute noch ein gutes Zugmittel für unsere weiblichen Mitglieder. Also lassen wir es vorläufig noch beim alten.

Der Verbandstag wird in der Beitragsfrage einen großen Schritt machen müssen. Unseres Erachtens ist der Verbandsvorstand gerade in dieser Frage viel zu engherzig verfahren. Sollen alle Aufgaben der Organisation erfüllt werden, dann brauchen wir vor allem eine gefüllte Kasse, denn nur diese kann uns vorwärts bringen. Zu prüfen wird auch sein, ob das bisherige Fünftelstufensystem beibehalten werden muß. Freudig würden wir es begrüßen, wenn eine besondere Klasse für Lehrlinge geschaffen wird. Also in der Beitragsfrage nicht zu engherzig, über alle Bauern und Bankemütigen geht man zur Tagesordnung über, denn denen ist auch der geringste Beitrag noch zu hoch.

In der Frage der Verbandszeitung können wir uns dem anschließen, was in Nummer 9 unserer Zeitung über Zusammenlegung der graphischen Presse geschrieben wurde. Bedauerlich ist, daß gerade unsere weiblichen Mitglieder so wenig die Zeitung lesen. Es ist immerhin die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich ist, durch gewisse Artikel mehr ergiebigen Inhalts die weiblichen Mitglieder reger für die Zeitung zu interessieren.

Geld könnte unseres Erachtens auch dadurch gespart werden, wenn man in den Organisationen zu einem einheitlichen Mitgliedsbuch käme. Wieviele Mitgliedsbücher fliegen bei Uebertritten in den Papierkorb, mindestens könnten doch mit dem Graphischen Hilfsarbeiterverband einheitliche Mitgliedsbücher vereinbart werden.

Zu hoffen bleibt, daß der diesjährige Verbandstag etwas mehr positive Arbeit leistet als der letzte, dann wird dieser Verbandstag sicherlich zum Nutzen der Organisation.

Bielefeld.

G. R.

Zur fachlichen Weiterbildung.

Wissen ist Macht! Dies gilt für jeden Beruf. Auch in unserem Gewerbe wird daher der vorwärtstrebende junge Gehilfe bemüht sein, sein Wissen und seine Fertigkeit nach Möglichkeit zu erweitern und zu vervollständigen. Selbst die denkbar beste Lehre ist niemals imstande, dem Lehrling alles das zu geben, was er im Berufsleben gebraucht. Der nötige Ernst und die rechte Aufnahmefähigkeit entwickeln sich bei der jungen, schulentlassenen Jugend doch erst nach und nach. Eine gründliche, gediegene fachliche Ausbildung ist das Fundament, worauf die Existenz des Gehilfen, Werkmeisters und Meisters mit Sicherheit ruht.

Nicht jeder Kollege ist in der Lage, eine der bestehenden Tagesfachschulen zu seiner weiteren Ausbildung zu besuchen. Er wird es daher begrüßen, daß ihm in geeigneten Klassen auch in den Abendfachschulen hierzu Gelegenheit gegeben wird. Aus diesem Grunde wollen wir nicht veräumen, auf die Buchbinder-Fachklasse für Gehilfen in der Charlottenburger Gewerbeschule hinzuweisen, die ihr neues Semester am 4. April beginnt. Die Anmeldung nimmt die Geschäftsstelle der Gewerbeschule, Charlottenburg, Wilhelmplatz 1a, entgegen. Das Schulgeld beträgt für das Sommerhalbjahr bei sechs Unterrichtsstunden in der Woche 90 Mk. Der Unterricht findet Dienstags und Donnerstags abends von 6 bis 9 Uhr statt. Der Unterrichtsplan der Klasse umfaßt den bibliophilen Einband vom einfachen Papp- bis kostbarsten Ganzleiderband und den dazu gehörigen Techniken.

Internationales.

Hermann Greulich.

Vor 10 Jahren feierte die schweizerische und internationale Arbeiterpresse in zahlreichen Artikeln den 70. Geburtstag Greulichs, und in Zürich, der Stätte seiner mehr als halbjährhundertjährigen unermüdeten und erfolgreichen Wirksamkeit, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei zu seiner Ehrung einen in bescheidenem Rahmen gehaltenen Festabend, an dem seine großen Verdienste um die

Arbeiterbewegung mit Dank und Anerkennung gewürdigt wurden.

In den seither verflossenen zehn Jahren widmete Genosse Greulich wie vordem seine fast unverwüsthche geistige Arbeitskraft der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung, betätigte er sich agitatorisch und organisatorisch, parlamentarisch und literarisch mit Erfolg. Seine Popularität als Versammlungsredner hat keine Verminderung erfahren — die patriarchalische Erscheinung bildet noch immer eine starke Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft, die in die Versammlungen eilt, um ihn zu hören.

Ein Sohn des Volkes, ist Genosse Greulich der unverfälschte Volksmann geblieben. Geboren wurde er am 9. April 1842 in Breslau als der Sohn proletarischer Eltern. Schon im Alter von 13 Jahren verlor er seinen Vater, worauf er sich mit der nun allein verdienenden Mutter kümmerlich durchschlagen mußte. Er besuchte während acht Jahren die dortige Volksschule und lernte hierauf während einer fünfjährigen Lehrzeit das Buchbinder-gewerbe. Die 11stündige tägliche Arbeitszeit vermochte ihn nicht vom eifrigen Studium guter Bücher abzuhalten, wobei er zunächst ein „liberaler Politiker“ wurde, der im Jahre 1860 die „neue preußische Aera“, wie so viele andere, mit Jubel begrüßte.

Die Wanderjahre führten den Genossen Greulich durch Oesterreich und Süddeutschland nach Reutlingen in Württemberg, wo er vorläufig glücklich landete. Hier beteiligte er sich reger am Vereinsleben und machte auch die Waffenübungen der zu dieser Zeit noch stark republikanisch gefärbten Demokraten mit. Der dortige Arbeiterverein schickte Greulich im September 1865 nach Stuttgart zum Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, wo er mit Bebel, Friedr. Albert Lange und anderen bedeutenden Männern bekannt wurde und der Redakteur des demokratischen „Beobachter“, Karl Mayer, ihm den Rat gab, zu seiner weiteren Ausbildung in die Schweiz zu gehen, den er dann auch einige Wochen später befolgte, um sich direkt nach Zürich zu wenden. Diese Uebersiedlung Greulichs in die Schweiz erwähnt auch Bebel im ersten Bande seiner Memoiren, wobei er feststellt, daß er (Greulich) in Zürich fast gleichzeitig mit ihm, und zwar als Schüler Karl Bürklis und Johann Philipp Beckers, zum Sozialisten wurde.

In Zürich arbeitete Greulich als Buchbinder. Er schloß sich sofort dem sozialdemokratischen Verein „Eintracht“ an, machte verschiedene Unterrichtskurse mit, und zwar mit dem seltenen Erfolg, daß er sich auch gleich die Lehrerin Johanna Kaufmann eroberte, indem er sie heiratete. Er gewann an ihr eine wackere Lebensgefährtin und tüchtige Mutter seiner sieben Kinder. Im vorigen Jahr ist sie gestorben.

Als in Zürich die erste Sektion der Internationale im August 1867 gegründet wurde, wurde Greulich als Sekretär neben dem Präsidenten Karl Bürkli gewählt. Ein Jahr darauf schloß sich auch die Zentralorganisation der Deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, die eine Zeitlang den bürgerlich-selbstthätigen Bestrebungen Schulze-Delitzschs gefolgt war, der Internationale, also der Sozialdemokratie, an.

Der Beschluß des Nürnberger Vereinstages von 1868, betreffend die Gründung von Gewerkschaften, veranlaßte Greulich, der den Verhandlungen in Nürnberg beigewohnt hatte, sich mit Feuereifer und schönen Erfolgen auf dieses Gebiet zu werfen, so daß nacheinander zahlreiche Gewerkschaften für die verschiedenen Berufe und an vielen Orten entstanden.

Ende 1869 wurde Greulich Redakteur der neugegründeten „Tagwacht“, in welcher Stellung er bis zum Eingehen derselben, im Jahre 1880, verblieb. — Einige geschätzte statistische Arbeiten brachten Greulich im Jahre 1884 eine Anstellung im Statistischen Bureau des Kantons Zürich, in dem er bald zum Chef desselben avancierte.

Im Jahre 1887 wurde der inzwischen aufgeldete Schweizerische Arbeiterbund gegründet, der das erste Arbeitersekretariat mit der Wirksamkeit für die gesamte Arbeiterschaft des ganzen Landes

schuf und Greulich als den Chef desselben wählte, der er 33 Jahre lang, bis 1920 verblieb. Der Schweizerische Arbeiterbund ging infolge der Verschärfung der Klassengesetze und Klassenkämpfe ein, die die katholischen Organisationen zum Austritt und Gründung eines eigenen „christlichen“ Arbeiterbundes veranlaßten. Das Schweizerische Arbeitersekretariat mit dem Genossen Greulich als Chef ist nun dem Gewerkschaftsbund angegliedert. In seiner Stellung als so langjähriger Arbeitersekretär hat Greulich eine Riesensumme agitatorischer und organisatorischer Arbeit geleistet zur Förderung der schweizerischen Arbeiterbewegung in Wort und Schrift. Seine größten literarischen Arbeiten sind zwei Bände der schweizerischen Unfallstatistik, die zu den Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz gehörten, und sodann die umfangreiche Schrift über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge, die zum Besten gehört, was die bezügliche Literatur aufweist. Eine kleinere Schrift über die Wandlungen und Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft verdient ebenfalls Erwähnung. Zahlreiche kleinere sozialwissenschaftliche, politische und gewerkschaftliche Schriften sind in Tausenden von Exemplaren in weiten Kreisen der Arbeiterschaft verbreitet. Die jüngste Schrift Greulichs, mit dem Titel „Der Weg zum Sozialismus“, ist eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten und recht lesenswert. Greulich weiß immer was zu sagen und neue wichtige Gesichtspunkte geltend zu machen.

Greulich, der schon anfangs der 70er Jahre durch Naturalisation Schweizer Bürger geworden war, hat auch als Parlamentarier eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Seit 1890 gehört er dem Zürcherischen Kantonsrat, seit 1892 dem Großen Stadtrat (Stadtverordnetenkollegium) und seit 1902, mit Unterbrechung von 1905 bis 1908, dem Nationalrat an, und in allen drei Parlamenten spricht er noch manchmal ein gewichtiges und eindrucksvolles Wort.

So kann unser Jubilar an seinem 80. Geburtstage mit Stolz und Befriedigung auf ein an Arbeit im Dienste der Arbeiterschaft selten reiches Leben zurückblicken, das nur durch die jüngste Parteilspaltung und die damit verbundenen gehässigen Auseinandersetzungen verbittert wurde. Aber ungeachtet dessen bringt ihm an seinem 80. Geburtstage die schweizerische Arbeiterschaft die herzlichsten Glückwünsche dar mit dem Ausdruck der Dankbarkeit für seine großen Verdienste im Kampfe um ihre Befreiung, und sie verbindet damit die Hoffnung, daß es ihrem treuen und stets aktiven Vorkämpfer, der heute immer noch wunderbar geistig und körperlich frisch und elastisch ist, vergönnt sein möge, noch einige Zeit seine Kräfte dem Freiheitskampfe des schweizerischen und internationalen Proletariats zu widmen!

Oesterreich. Unsere österreichische Kollegen-schaft hat am 22. Februar durch Verhandlungen neue Teuerungszulagen erhalten in Höhe von 1798 bis 4197 Kr. pro Woche für Arbeiter und von 836—2337 Kr. für Arbeiterinnen. Ab 20. Februar müssen gezahlt werden an

| | |
|-------------------------------------|------------|
| Gehilfen im 1. Jahre | 10 450 Kr. |
| „ „ 2. „ | 12 450 „ |
| „ „ 3. „ | 16 450 „ |
| „ nach dem 3. Jahre | 22 200 „ |
| Spezialarbeiter im 1. Jahre | 10 850 Kr. |
| „ „ 2. „ | 13 300 „ |
| „ „ 3. „ | 17 650 „ |
| „ nach dem 3. Jahre | 23 000 „ |
| Rastrierer im 1. Jahre | 12 600 Kr. |
| „ „ 2. „ | 15 150 „ |
| „ „ 3. „ | 19 150 „ |
| „ nach dem 3. Jahre | 24 350 „ |
| Arbeiterinnen im 1. Halbjahr | 4 850 „ |
| „ „ 2. „ | 6 450 „ |
| „ „ 3. „ | 8 250 „ |
| „ „ 4. „ | 10 400 „ |
| „ nach 2 Jahren | 13 000 „ |
| Spezialarbeiterinnen im 1. Halbjahr | 5 400 „ |
| „ „ 2. „ | 6 850 „ |
| „ „ 3. „ | 8 950 „ |
| „ „ 4. „ | 10 950 „ |
| „ nach 2 Jahren | 13 550 „ |

Ungarn. Die Lage der ungarländischen Arbeiterschaft ist in jeder Beziehung sehr ungünstig. Infolge der politischen Reaktion herrscht schon seit

Jahren eine Krise und große Arbeitslosigkeit. Die Konjunktur in der Buchbinder- und paperverarbeitenden Branche ist auch sehr schlecht. Gegenwärtig gestaltet sich aber die Lage direkt trostlos. Wir haben gegenwärtig 400 Arbeitslose.

Infolge der Reaktion und der Arbeiterverfolgungen haben sich sogenannte christliche Organisationen gebildet, um die modernen Arbeiterorganisationen zu vernichten. Trotzdem die Christlichen von den Behörden unterstützt werden, konnten sie noch keine Erfolge erzielen und die freien Organisationen sind trotz aller Verfolgungen stärker geworden. In unserer Branche sind 96 Proz. der Kollegenschaft organisiert. Zu unserem Verbande gehören die Arbeiter der Buchbinderlei, Rastriererei, Kuvertverzeugung, Kartonnage, Tütenmacherei, Zigarettenpapierbetriebe, Hülsenfabriken und die Papierblumenbranche. Die Mitgliederzahl des Verbandes war Anfang 1922 3150, davon 939 männliche und 2211 weibliche. In sämtlichen Branchen sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. In der Buchbinder-, Rastrierer- und Kuvertbranche hatten wir jetzt eine Tarifrevision. Von der Reaktion gespornt, haben die Arbeitgeber den Tarif gekündigt. Sie hofften, die erreichten Erfolge der Kollegenschaft nehmen zu können. Sie haben sich geirrt. Infolge der steigenden Teuerung haben wir die Lohnbewegungen immer separat von dem Tarife geführt. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen eine täglich achtstündige. Nach den Tarifen haben die Arbeiter einen Anspruch auf Ferien. Diese betragen nach zwei Jahren 3 Tage, nach jedem weiteren Jahre einen Tag mehr, bis 14 Tage erreicht sind. Die Ferienzeit wird bezahlt. Laut Tarif wird an den katholischen Feiertagen nicht gearbeitet, diese aber bezahlt. Die Verbandsbeiträge sind gegenwärtig für Facharbeiter pro Woche 15 Kr., für Arbeiterinnen 10 Kr., für Lehrlingmädchen 5 Kr. Für Unterstützungen der Arbeitslosen hat der Verband im Jahre 1921 250 965 Kr. ausbezahlt, für Invaliden 7700, für Waisen und Witwen 6210, zusammen 264 875 Kr. Die Einnahme des Verbandes war im Jahre 1921 714 419 Kr., die Summe der Ausgaben 554 483 Kr.

Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wird die Auswanderung immer größer und viele der Kollegen sind gezwungen, außerhalb der Branche zu arbeiten. Solange sich die politischen Verhältnisse nicht ändern, besteht keine Aussicht, daß sich die wirtschaftliche Lage bessert.

Berichte.

Nachen. Die hiesige Zahlstelle fand sich am 24. März zu einer außerordentlichen Versammlung zusammen. Der Bevollmächtigte gab einen kurzgefaßten Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen brachen über das Resultat in einen Entrüstungssturm aus. Die weiteren Ausführungen ließen den Wunsch der gesamten Mitgliedschaft erkennen, daß sie lieber einen Abbruch der Verhandlungen gesehen hätte. Ferner kam zum Ausdruck, daß die Unternehmer jede auch noch so krasse Preissteigerung der Materialkosten anstandslos bezahle, währenddem sie die bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft immer herabzudrücken versuchen. Insbesondere wurde verurteilt, daß für jüngere Kollegen eine so minimale Lohnerhöhung herausgekommen ist. Wenn die Herren Arbeitgeber sich nicht entgegenkommender zeigen, ist es besser, den ganzen Reichstaxifallen zu lassen und es den einzelnen Ortsgruppen zu überlassen, ihre Löhne den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen.

Barmen-Eberfeld. Am 22. März tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Groenhoff berichtete über die letzten Lohnverhandlungen in Weimar und über die örtlichen Vorverhandlungen. An den Bericht schloß sich eine lebhafteste Aussprache, welche ergab, daß die Mitglieder die Arbeit des Tarifausschusses und seine Bemühungen, etwas für die Mitglieder zu schaffen, anerkannten. Andererseits wurde aber betont, daß das Ergebnis für die gegenwärtige Teuerung nicht ausreichend sei und vor allen Dingen zu spät in Kraft trete. Schon seit Mitte Februar habe die Teuerung eingesetzt, und folglich hätten die Bewilligungen bereits ab 1. März, spätestens aber mit dem 15. März in Kraft treten sollen. Verschiedene Anträge forderten sofort neue Verhandlungen oder eine rückwirkende Zulage von hiesigen Arbeitgebern. Diese Anträge wurden von der Leitung als nicht dem Wesen des Reichstaxifalles und der Vertragstreue entsprechend bezeichnet und gebeten, die Anträge zurückzuziehen. Aus der Mitte der Versammlung kam dann die Anregung, daß die Betriebsräte und Obleute in den einzelnen Betrieben vorfellig werden und eine Rückdatierung der Zulagen fordern möchten. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt. Eine vorgenommene Abstimmung darüber, ob die erfolgten Lohnerhöhungen ausreichend seien, ergab allgemeine

Abneigung. Dann wurde bekanntgegeben, daß bis zum Endtermin (20. März) nur ein Wahlvorschlagn für die Delegiertenwahl zum Verbandstag eingereicht sei. Eine Wahl hat sich dadurch erledigt und gelten die vorgeschlagenen Kollegen Groenhoff, Kinfert und Grünen als gewählt.

Barmen-Eberfeld. Am 27. März fand eine gut besuchte Versammlung der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen statt. Kollege Knifer referierte über die letzten Tarifverhandlungen. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, welche auch bei dieser Verhandlung zu überwinden waren, darauf verweisend, daß nur eine geschlossene Organisation imstande sei, solche umfassenden Lohnbewegungen und Verbesserungen durchzuführen und empfahl das Abkommen zur Annahme. An der Diskussion beteiligten sich unter anderen die Kollegen Kinfert, Schuß, Meyer und Groenhoff. Letzterer wies darauf hin, daß besonders aus den kleineren Betrieben immer wieder Klagen kämen, daß da und dort und der und jener seinen Tarif nicht richtig bezahlt bekommt. Geber nehmen junge Leute oder deren Eltern häufig in diesen Betrieben Stellung an, machen einen Lohn fest, der unter Tarif ist, und die Organisation hat nachher Schwierigkeiten, um solche Tarifwidrigkeiten zu beseitigen. Ferner wurden Klagen aus verschiedenen Betrieben vorgebracht. Der Vorstand versprach, diesen Klagen nachzugehen und für Abhilfe zu sorgen. Ganz besonders wurde über die Firma Otto Dittmann-Barmen Klage geführt. Nicht nur, daß immer Schwierigkeiten wegen der tariflichen Bezählung vorliegen, auch die Behandlung soll eine sehr schlechte sein, so daß beständig Differenzen entstehen. Am Verhandlungstage hatten sämtliche Arbeiterinnen wegen solcher Zusammenstöße den Betrieb verlassen. Von der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, daß der Reichstaxifall für verbindlich erklärt ist und daß folglich auch solche Firmen, welche dem Arbeitgeberverband nicht angehören, verpflichtet sind, die Tariflöhne zu zahlen, auch Herr Dittmann. Sonst muß das Gewerbergericht angerufen werden, und dieses dürfte Herrn Dittmann schon die tarifliche Bezahlung vorschreiben. Im übrigen wurde aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen, daß solche Firmen jedenfalls keinen großen Zulauf von Arbeitskräften zu erwarten hätten, namentlich in der jetzigen Zeit, wo in den tariffreien Firmen Arbeitskräfte gesucht würden. Es sei also die Firma Dittmann in entsprechende empfehlende Erinnerung gebracht. Nachdem Knifer in seinem Schlußwort noch auf einzelne in der Diskussion berührte Punkte eingegangen war, fand die Versammlung ihr Ende.

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 28. März stand im Zeichen des bevorstehenden Verbandstages. Dies und die Berichte von den Tarifverhandlungen hatten unsere Mitglieder auf die Beine gebracht, so daß der große Saal des Volkshauses die Menge kaum zu fassen schien. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten war die Versammlung auch noch nach 4 1/2 stündiger Dauer gut besetzt. Einleitend machte Kohl Ausführungen über die bevorstehenden Wahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress und forderte zu tätiger Mitarbeit auf. Für den Verbandstag stehen zur Wahl zwei Listen. In der Debatte ging Menzer die vorliegenden Anträge nochmals durch. Er und auch die zahlreichen anderen Redner stellten in den Mittelpunkt den Abbau der Unterstützungsanstalten, vor allem der Krankenunterstützung; den graphischen Industrieverband; Ausbau der Streikunterstützung; Gleichstellung der Männer- und Frauenarbeit; Abschaffung der Akkorarbeit; Verringerung der Beitragsklassen und Anpassung der Beiträge an die Tariflöhne. Ein in einer früheren Versammlung angenommener Antrag, betreffend Abschaffung der Akkorarbeit, fehlte in der veröffentlichten Liste der Anträge, obwohl dieser Antrag auch auf dem Saaltag in Chemnitz Annahme fand. Weniger erfreulich war die Aussprache über die Aufstellung der Kandidatenlisten. Leider sind die Bestrebungen nach einer Einheitsliste ergebnislos verlaufen. Vertreter beider Richtungen begründen ihre Stellungnahme. Menzer ist der Meinung, daß der Verbandsvorstand die Wahl wünsche, um die Stärke der Richtungen festzustellen (? D. R.) und glaubt sich dabei auf briefliche Mitteilung des Verbandsvorstandes stützen zu können. Weiter wendet er sich dagegen, daß auf der Liste 1 alle drei Angestellten stehen. Wähler erklärt demgegenüber, nur die nach allen Erfahrungen des vergangenen Jahres ungerechtfertigten Ansprüche der Opposition verhinderten eine Einigung. Man war bereit, der Opposition fünf von den zwölf Kandidaten zu überlassen. Er begründet die Notwendigkeit, die drei Angestellten an der Tagung teilnehmen zu lassen, dagegen bemängelt er, daß auf der Oppositionsliste nicht weniger als fünf Kandidaten in einer Firma beschäftigt sind. Menzer legt eine Resolution vor, in welcher Protest gegen die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zur Wahl in Dresden erhoben wird; ferner wird protestiert gegen die Aufstellung der drei Angestellten. Nach zweimaliger

zweifelhafter Abstimmung wird per Stimmzettel abgestimmt. Die Resolution wird mit 311 gegen 224 Stimmen abgelehnt. Es folgen die Berichte von den Tarifverhandlungen. Lange berichtet über die Lpi- und Akfordverhandlungen. Der Widerspruch der Versammlung steigerte sich zur Entrüstung, als Lange ausführte, wie von den Vertretern der Unternehmer den Gewerkschaftsangehörigen der Vormurf gemacht worden sei, daß sie es seien, die den Mitgliedern zu hohe Forderungen aufzotrierten und in den Versammlungen zuviel Hoffnung erweckten. Weiter gab Lange die neuen Löhne in der Steindruckbranche bekannt. Scheibe teilt mit, daß von der Branchenleitung alles getan würde, daß auch die bei Innungsmeistern Beschäftigten rechtzeitig in den Genuss der neuen Löhne gelangen, nicht erst einige Tage oder gar Wochen später, wie es leider bis jetzt meist zu verzeichnen war. Zum Streik in der Schneidestrichplakatbranche berichtet Scheibe, ebenso geschlossen, wie sie vor vier Wochen die Betriebe verlassen habe, halte diese Kollegen jetzt auch heute noch aus in ihrem Kampfe, den sie gewillt ist, zu einem siegreichen Ende zu führen. Er endet seinen Bericht unter lebhaftem Beifall mit einem warmen Appell, die Streitenden nicht nur moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. In einigen Betrieben sind bereits Sammlungen mit gutem Erfolg vorgenommen worden, so besonders bei der Firma Vasmagi. Zuletzt fordert Burtart die Jugendlichen auf, sich an der Demonstration der Jugendorganisationen gegen den Arbeitszeitgesetzentwurf massenhaft zu beteiligen.

Eisenberg. In der am 27. März stattgefundenen, gut besuchten Versammlung sprach Kollegin Krazmin-Berlin über die Bedeutung der Frau im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampfe, sowie über den Wert der bestehenden Reichstaxen. Ihre Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Anschließend gab Sitz Bericht von den Eisenacher Lohnverhandlungen. Er schilderte eingehend den äußerst schwierigen Gang der Verhandlungen. In der darauf folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Steigen der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel auch den Unternehmern zum Bewußtsein bringen müsse, daß mit den gegenwärtigen Löhnen ein menschenwürdiges Dasein nicht zu fristen sei. Hierauf wurde noch der von dem Ortsverband beantragten Erhöhung der Lokalbeiträge von 1 Mk. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder mit großer Mehrheit zugestimmt.

Jena. Die im März stattgefundenen Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich eingehend mit unserem Lohnabkommen. Dieses wurde in scharfer Weise kritisiert, da das Angebot der Unternehmer den jetzigen Teuerungsverhältnissen nicht genügend Rechnung trage. Wir hoffen, daß beim nächsten Lohnabkommen Jena mehr Berücksichtigung findet. Ferner wurde Klage geführt, daß ein in seinem Fache durchaus tüchtiger Kollege, weil er taubstumm ist, nicht den vollen Tariflohn erhält. Der Vorsitzende wurde beauftragt, mit dem Unternehmer zu verhandeln, um diesem Kollegen zu seinem Rechte zu verhelfen. In der stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern erklärte der Verhandlungsleiter, laut Reichstaxen § 20 nicht verpflichtet zu sein, an taubstumme oder sonst gebrechliche Kollegen den Tariflohn zu bezahlen. Nach längerem Verhandeln einigte man sich auf einen Stundenlohn von 9,70 Mk.

Ueber die im Januar gegründete Lehrlingsabteilung unserer Zahlstelle berichtete der Vorsitzende Kappold. Er wies besonders darauf hin, daß allmonatlich 2 Lehrlingsversammlungen stattfinden, in denen nach Erledigung der örtlichen Lehrlingsangelegenheiten laufende Vorträge über das Gewerkschaftswesen gehalten werden. Diese Vorträge werden auf Wunsch der Kollegen erst in unseren Mitglieder-Versammlungen vorgetragen, um auch allen Kollegen die Mitarbeit zu erleichtern. Ein Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrags wurde zurückgestellt bis nach Stattfinden des Verbandstages.

Neustadt a. d. S. Am 19. März fand in Hainhof unsere Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Hofmann hielt einen Vortrag über „Zweck und Ziele des Verbandes“, der mit Beifall aufgenommen wurde. Festgestellt wurde, daß durch die Unkenntnis des Tarifes verschiedener Kolleginnen Nachteile erwachsen sind. So z. B. werden die Befehlszulagen teilweise nicht bezahlt, und die Akkordlöhne entsprechen nicht den festgesetzten Bestimmungen. Bei der Aussprache über den Verbandstag wurde gegen die Wahlkreis-einteilung protestiert, da Neustadt a. d. S. den Städten Mainz, Hanau, Fulda usw. zugeteilt wurde, mit denen wir überhaupt keine Fühlung haben. Da in der Versammlung verschiedene Unorganisierte anwesend waren, die sich aufnehmen ließen, haben wir auch einen agitatorischen Erfolg erzielt.

Gau Schleien. Am 19. März traten die Delegierten des Gaus zu einer Tagung zusammen, die

von allen Zahlstellen außer Grünberg und Rattowitz besucht war. Sparparitätsgründe ließen die Zahl der Delegierten stark beschränken, doch waren immer noch 36 derselben erschienen, darunter 3 weibliche. Außerdem war je ein Vertreter der Buchdrucker-, Stein-drucker- und Hilfsarbeiter-Organisation, ferner der Vorsitzende des graphischen Kartells anwesend. Nach Eröffnung und Begrüßung der Tagung durch unseren Gauleiter Kollegen Bruck wurden als Vorsitzender Erfurt-Breslau und Hölzel-Hirschberg, als Schrift-führer Janke-Breslau bestimmt.

Zum „Bericht des Gauvorstandes“ sowie über „Die Lohnverhältnisse in unserem Gau und unsere Tarifpolitik“ gab Bruck eine sehr eingehende Darstellung von der Tätigkeit des Gauvorstandes. Er ging ausführlich auf die Tarif- und Lohnbewegungen der einzelnen Sparten und Orte ein unter eingehender Würdigung der Brieger und Breslauer Streiks und deren Folgeerscheinungen. Er beleuchtete weiter die Widerstände der Arbeitgeber bei Abschluß von Tarifverträgen.

In der Aussprache, die zugleich die Berichte der Delegierten umfaßte, wurde der Tätigkeit des Gauvorstandes allseitig volle Anerkennung gezollt. Die Berichte aus den einzelnen Zahlstellen entrollten ein anschauliches Bild der Kämpfe und Widerstände, die bei der Durchführung des Reichstaxen und der Haustarife zu überwinden waren. Lebhaftige Klage wurde geführt über die Ortsklasseneinteilung und die niedrige Entlohnung der Arbeiterinnen. Gegenüber dem Verlangen der Arbeitgeber nach Abschaffung des Reichstaxen wurde die Forderung nach weiterem Ausbau derselben erhoben. Bedauert wurde auch der noch in weiter Ferne liegende Zusammenschluß der graphischen Berufe zum graphischen Industrieverband, der im Interesse einheitlicher Lohnbewegungen nötig sei. In seinem Schlusswort ging Bruck auf die gemachten Ausführungen ein, gab verschiedene Aufklärungen und forderte die Anwesenden auf, alle Kräfte anzuwenden, um die Organisation weiter auszubilden und für Durchführung der Tarife zu sorgen.

Ueber „Stellungnahme zum Verbandstag“ referierte Kollege Klar. Der Gauvorstand hat 48 Anträge zum Verbandstag ausgearbeitet. Im Vordergrund steht die Erhöhung der Beiträge auf einen Stundenlohn, sowie die Erhöhung der Unterküfungssätze. Da auf Erledigung dieser Anträge der Gau-tag keinen Einfluß hat, wurden diese Mitteilungen nur zur Kenntnis genommen.

Auch zum Gaustatut lagen Anträge auf Aenderung vor, die Kollege Scholz begründete. In der Generalaussprache war heiß umstritten der Antrag, den Gaubeitrag in Höhe von 50 Proz. des Verbandsbeitrages zu erheben zur Unter Küfung streikender, gemahregelter, arbeitsloser, erkrankter oder sonst unter Küfungsbedürftiger Mitglieder. Während dieser Debatte kam die telegraphische Meldung aus Weimar, daß die zentralen Lohnverhandlungen gescheitert seien, was nicht ohne Einfluß auf die weitere Aussprache blieb. Bruck gab folgende die nötigen Direktiven zu der bestehenden tariflosen Zeit. Da einige Delegierte mit Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder Bedenken über die Höhe des Gaubeitrages äußerten, wurde der Antrag wie folgt geändert: „Die ab 1. April geltenden Beiträge für die Verbandsstufen einschließlich des Extrabeitrages werden zugunsten der Gaukasse auf folgende Höhe erhöht. 1. Klasse 4 Mk., 2. Klasse 5,50 Mk., 3. Klasse 9,50 Mk., 4. Klasse 15 Mk. und 5. Klasse 19 Mk. Hierauf richtete der Vorsitzende des graphischen Kartells anfeuernde Worte an die Delegierten, wies auf den notwendigen Zusammenschluß der araphischen Verbände hin und empfahl ebenfalls die Beitragserhöhung zur Annahme zwecks Stärkung des Kampffonds, um bei den bevorstehenden Kämpfen gerüstet zu sein. In der Spezialdiskussion wurde der obige Antrag mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Die Annahme aller anderen Anträge erfolgte — mit teilweisen reaktionellen Aenderungen — einstimmig. Ueber die Delegationen zum Verbandstag erfolgte ebenfalls eine Aussprache, die zu einer Verständigung über die Kandidaten führte.

Anfolge vorgerückter Zeit konnte der Punkt „Aus der Praxis der Tarifschiedsgerichte“ nicht mehr erledigt werden. Eine Aussprache über kleinere Angelegenheiten beschloß die Tagung.

Stuttgart. Am 7. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Ueber „Was können wir gegen die neue Teuerungswelle tun?“ sprach Drehwald. Die Ursache, unter der die Arbeiterschaft zurzeit zu leiden hat, ist der Krieg und die daraus entstehenden Folgen. Es ist Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Uebel nach Möglichkeit zu beseitigen. Mit Entschlossenheit und Kampfesmut wird es uns gelingen, unsere Notlage zu verbessern. Durch den schlechten Stand unserer Wänta sind wir in Deutschland voll beschäftigt, das Ausland kauft unsere Waren auf, wobei wir immer mehr verarmen müßten. Die

Preise sind im Durchschnitt um das 40fache gestiegen. Im Großhandel ist sogar schon das 50fache erreicht, so daß mit Bestimmtheit auf eine große weitere Teuerung im Kleinhandel zu rechnen ist. Die Verhandlungen zur Verbesserung unserer Lage werden immer schwieriger; die Unterhändler werden mit aller Entschiedenheit die Notlage der Kollegen klarmachen, im Bewußtsein des Kampfesmutes der Mitglieder werden sie für deren Forderungen mit Entschiedenheit eintreten. Um aber den Kampf aufzunehmen, müssen auch die Mittel bereit sein. Der Verbandsvorstand hat daher ab 1. April die Erhebung einer Extrasteuere beschlossen. Es darf erwartet werden, daß die Mitglieder die Notwendigkeit hierfür einsehen und dem Beschluß des Verbandsvorstandes Folge leisten. Kampfbereitschaft und Kampfschlossenheit der Kollegen sei jetzt notwendig. In der darauf erfolgten Diskussion kritisierte Bühler die Taktik, die die Gewerkschaften nach der sogenannten Revolution vom 9. November 1918 einschlugen. Hat es sich doch gezeigt, daß wir mit jeder Lohnerrhöhung immer mehr verelenden, während sich das Unternehmertum in ungeahnter Weise bereichert hat. Statt zu sozialisieren, gab man dem Privatunternehmertum immer mehr Mittel in die Hände. Der Kapitalismus hat es verstanden, sich zusammenzuschließen, während sich die Arbeiterklasse immer mehr zerplitterte. Der DGB ist nicht für seine Forderungen eingetreten. Bühler unterbreitete der Versammlung folgende Entschlüsse:

„Es wird vor allem ausreichende Regulierung der Löhne gefordert, andernfalls dem Unternehmertum der Kampf anzufügen ist. Mit den uns nabestehenden Organisationen des graphischen Gewerbes ist zwecks Bildung einer einheitlichen Kampffront zu verhandeln. Ferner ist für die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft einzutreten und an Stelle derselben eine geschlossene Front aller proletarischen Organisationen mit dem Ziel: „Beseitigung des Kapitalismus, Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht“ zu schaffen.“

Hemminger trat den Ausführungen Bühlers entgegen. Auch Drehwald sprach in seinem Schlusswort gegen die Ausführungen Bühlers und bringt eine Resolution ein, welche von der Versammlung angenommen wurde. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Die Delegierten der Stuttgarter papierverarbeitenden Industrien, die im Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter organisiert sind, erheben energischen Protest gegen die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung, die sie in immer größerer Notlage bringt. So lange es dem Staat nicht möglich ist, hier Remedur zu schaffen, müssen die Arbeiter sich durch Lohnforderungen zu helfen suchen. Die Arbeiterschaft genannter Betriebe fordert daher einen vollen Ausgleich ihres Einkommens mit der Preissteigerung und stellt sich einmütig hinter ihre Unterhändler. Sie verpflichtet sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre gerechte Forderung einzusetzen, weil sie aus moralischen Gründen im Interesse ihrer Familien dazu gezwungen ist. Die Versammlung lehnt es entschieden ab, dem Verband deutscher Buchbinderbeiträge auf dem Wege zu folgen, daß die Delegierten dieser Betriebe die neuen Teuerungszulagen erst später zur Auszahlung gebracht werden sollen. Die Versammlung ist im Gegenteil der Auffassung, daß die Teuerung, die bereits ab 15. Februar datiert, durch eine rückwirkende Lohnerrhöhung auszugleichen werden muß.“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Bellemann. Laut „Buch-Zeitung“ Nr. 9 hält der Verbandsvorstand den Beschluß des Verbandstages in Würzburg betr. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress für unvorführbar. Bellemann schlägt eine Resolution vor, welche mit großer Mehrheit angenommen wurde. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die am 7. März 1922 in Stuttgart tagende, außerordentliche Mitgliederversammlung erhebt dagegen Protest, daß der Verbandsvorstand den Beschluß des letzten Verbandstages den Wahlmodus zum Gewerkschaftskongress betr. eigenmächtig ändert. Der vom Verbandsvorstand gegebene Begründung kann die Mitgliedschaft nicht zustimmen, sie steht darin vielmehr eine gewollte und schon längst beabsichtigte Ueberrumpelung der Kollegenchaft, um eine Wahl der von Teilen der Opposition vorgeschlagenen Kandidaten zum Gewerkschaftskongress zu verhindern. Die Versammlung beantragt die Ortsverbände, beim Verbandsvorstand und Verbandsausführer sofort Protest zu erheben und zu verlangen, daß dem demokratischen Prinzip und dem Beschluß des Verbandstages Rechnung getragen wird.“

Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegen Hemminger und Bühler-Göppingen vorgeschlagen, dann sprach Böbbeling für die Arbeitsruhe am 1. Mai, welche einstimmig beschlossen wurde. Für die Lehrlinge hat eine Lohnregelung stattgefunden. Diese erhalten jetzt im ersten Jahre 25 Mk., im zweiten 30 Mk., im dritten 35 Mk. und im vierten 40 Mk. pro Woche.

UNSERE JUGEND

Nehmt Euch der Jugend an!

Die Jungen und Mädchen, die jetzt mit der Schulentlassung in die Betriebe hineinkommen, gehen damit in ein ihnen bisher unbekannt gebliebenes Gebiet. Oft auch häufig genug schon während der Schulzeit von den Arbeiterkindern Erwerbsarbeit geleistet worden, so ist doch nicht zu verkennen, daß erst jetzt der Hauptteil des Tages und damit des Lebens dieser Jugendlichen aus dem Hause der Eltern herausgerissen wird. Den jungen Menschen erstehen jetzt in der neuen Umgebung neue Lebensbeispiele, neue Vorbilder, deren sie bedürfen, zu denen sie aufschauen. Damit ist nicht gesagt, daß in allen Jugendlichen ein direkter Wille zur Nachahmung der älteren Kollegen vorhanden ist. Ins Bewußtsein werden diese Dinge nur bei frühreifen, etwas kritisch veranlagten Jugendlichen treten. Die Mehrzahl wird entweder sich widerstandslos und willenlos durch die Umgebung in ihren Anschauungen, Sitten und Gewohnheiten formen lassen oder darüber hinaus das Bestreben haben, recht bald im Auftreten und Wesen den Erwachsenen gleichzukommen. Von den Vierzehn- oder Fünfzehnjährigen ist nicht zu verlangen, daß ihnen schon die Bedeutung der Worte: „Eines schiedt sich nicht für alle“ klar wird. Um dies an einem alltäglichen Beispiel zu zeigen: Der Fünfzehnjährige wird nicht erkennen, daß es nicht das gleiche ist, ob er die wenigen Minuten der Arbeitspause benutzt, um eine Zigarette zu rauchen (selbstverständlich mit den von der Arbeit beschmutzten Fingern) oder ob daselbe ein dreißigjähriger Arbeiter tut, dessen Organismus den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits erreicht hat. Der Jugendliche sieht hier nur das Äußere, das Rauchen, und denkt nicht an die grundverschiedenen Voraussetzungen, die der Junge und der Alte in ihrem Körper mitbringen.

Man mag zum Tabak- und Alkoholgenuß stehen wie man will, klar ist sich jedenfalls jeder darüber, daß die Jugend in ihren Entwicklungsjahren vor den Schädigungen durch diese Dinge bewahrt bleiben muß. Und ganz zweifellos ergeben sich Schädigungen für den jugendlichen Körper, wenn Gewohnheiten entstehen, von denen feststeht, daß sie auch dem ausgewachsenen Organismus nicht nützlich sind.

Dieser Hinweis zeigt schon, wie auf die Jugendlichen in den Werkstätten, Büreaus usw. auf alle Fälle Einfluß ausgeübt wird. Genau so wie wir als freie Gewerkschafter aber bestrebt sind, aus dem heutigen Wirtschaftsleben und damit aus dem Leben des Proletariats das unheilvolle Wirken des Zufalls auszuschalten, so müssen wir es uns auch angelegen sein lassen, den Einfluß, den nun einmal jeder Erwachsene auf die mit ihm in Berührung kommende Jugend ausübt, aus dem zufälligen zu einem gewollten zu machen. Ist dieses Bestreben vorhanden, so wird gleichzeitig damit das Verantwortungsgefühl zum Bewußtsein kommen, daß jeder Erwachsene gegenüber den seinen Einflüssen ausgelegten Jugendlichen haben muß. Wäre dies Gefühl schon heute überall anzutreffen, so könnte es nicht vorkommen, daß Jugendliche selbst sich über das Verhalten ihrer älteren Arbeitskollegen zu beklagen haben.

Unsere Arbeiterjugendorganisationen erstreben eine Erziehung in Reinheit und Schönheit. Was aber nützt ihnen alles große Wollen, wenn sie in den Betrieben oft rohen Späßen, unsittlichen Gesprächen älterer Arbeitskollegen ausgesetzt werden. Besonders trüb liegen die Verhältnisse in den Betrieben, wo beide Geschlechter gemeinsam arbeiten. Wie mancher junge Mensch ist dort schon vergiftet worden.

Es muß jedem Erwachsenen selbstverständlich sein, auch vor fremden Jugendlichen sich nicht anders zu geben, als dies vor eigenen Kindern geschehen würde. Es ist allen bekannt, daß durch den Krieg und die militärische „Erziehung“ während dieser Jahre der Umgangston in vielen Kreisen eine starke Vergröberung erfahren hat. Das sollte den besonnenen älteren Arbeitern um so mehr Veranlassung geben, auf ihre jüngeren oder unbedachtameren Kollegen einzuwirken, damit diese nicht ihre Kriegserregenschaften den

Jugendlichen unverfälscht oder sogar noch in vergrößerter Art übermitteln.

Der von uns als Gewerkschafter und Sozialisten für notwendig angesehene erzieherische Einfluß muß in der Familie und auch im Betrieb ausgeübt werden. Hier wird dies oft nur indirekt geschehen können; sicher aber wird z. B. ein Hinweis auf die Jugendlichen auf gewerkschaftliche Jugendveranstaltungen und dergleichen, der von einem Kollegen kommt, zu dem sie mit Achtung aufblicken, ganz andere Wirkung haben, als der eines polternden, sich selbst oft vergessenden Arbeiters. Erkundigt man sich dann noch bei diesen Jugendlichen über ihre Eindrücke in der Jugendabteilung usw. und versucht ihre Wünsche zu ermitteln, so wird einmal sicher bei ihnen ein regeres Interesse geschaffen. Weiter wird auf diese Weise sich mancher Fingerzeig bieten, wie die Jugendveranstaltungen zweckmäßig auszubauen sind, um den berechtigten Wünschen der Jugend mehr zu entsprechen.

Der erste Eindruck von einer Sache ist bekanntlich in der Regel der am festesten haftende. So ist es auch bei den Jugendlichen, denen durch ihre älteren Arbeitskollegen zum ersten Male die Organisation, die Gewerkschaft vor Augen tritt. Soll die Jugend ein gutes, der Wirklichkeit entsprechendes Bild von den Kampforganisationen der Arbeiterschaft erhalten, so muß sich jedes Verbandsmitglied als Vertreter seines Verbandes fühlen und auch danach bewegen.

W. Rasche.

Unsere Magdeburger Jugend

ist jetzt endlich auch zur Einsicht gekommen. Ihre Arbeit begannen sie, indem sie im graphischen Jungendkartell mit den Beurlingen der Buchdrucker, Steinbruder und aller graphischen Berufe in Verbindung traten. Veranstaltungen der verschiedensten Art konnten nun getroffen werden.

So hörten wir Vorträge über das Buch, seine Herstellung, über Schriftgießerei, Stereotypie, Satz und Druck, hielten Unterhaltungsabende, Lese- und Musikabende ab. Bald wird auch in den Reihen unserer bisher noch säumigen Lehrkollegen die Erkenntnis Platz greifen, daß auch unsere Veranstaltungen dazu beitragen, nützbringende Anregungen für den Beruf zu geben.

Wie es uns geht, wird es wohl in den meisten anderen Orten auch sein. Da die meisten unserer Lehrkollegen in kleinen Geschäften arbeiten, war es uns nicht möglich, alle zu unserer Organisation zu vereinigen. Doch haben wir den festen Willen, unser Ziel zu erreichen. Wenn alle organisierten Buchbinder besser, für unsere Bestrebungen zu wirken, dann kommen wir vorwärts.

W. Köhler.

Zur Jugendfrage!

Mein Artikel „Gründet Lehrlingsabteilungen“ hat erfreulicherweise eine kurze Diskussion in der „B.-Z.“ gebracht, die gewiß in allen Orten, in denen bis jetzt noch keine Jugendabteilungen sind, den Gedanken der Zusammenfassung der Jugend in unserem Verbandsverbande gefördert hat. Die Kollegen Boltehn und Stephan wundern sich darüber, daß ich nicht den richtigen Schluß aus meinen Darlegungen gezogen hätte und daß ich auf halbem Wege stehen geblieben sei. Nicht allein die Lehrlinge, sondern alle Jugendkollegen und Kolleginnen seien zusammenzufassen. Das ist durchaus auch meine Meinung. Nun bestehen aber einige Unterschiede zwischen Lehrlingen und jugendlichen Hilfsarbeitern. Es wird niemand bestreiten können, daß die Lehrlinge andere Interessen haben, als die übrigen Jugendlichen, z. B. schon in der Frage der beruflichen Ausbildung oder der Entlohnung. Die Lohnfrage der jugendlichen Arbeiter wird bekanntlich bei jeder Lohnverhandlung geregelt, wenn auch nicht unseren Wünschen entsprechend. Immerhin ist es der Anfang einer tariflichen Abmachung, währenddem für die Lehrlinge nichts Derartiges besteht und es den Arbeitgebern überlassen

bleibt, wie sie die Jungen entlohnen wollen. Also schon in dieser Frage werden die Lehrlinge eigene Interessen zu verfolgen haben, bis es dem Verbandsvorstand gelingt, endlich einmal einen Tarif für die Lehrlinge durchzudrücken. Die beruflichen Fragen können nur ordentlich unterlucht und geregelt werden, wenn man die Jungens für sich hat, d. h. man muß ab und zu, getrennt von den anderen Jugendlichen, die Lehrlinge in einer Versammlung zusammenrufen, um ihre speziellen Fragen prüfen und beantworten zu können oder gegebenenfalls gerichtliche Schritte gegen dieselben oder jenen Arbeitgeber einzuleiten. Man muß diese Fragen beantworten an einem Abend, denn die Lehrlinge sind unermüdetlich darin, und ich freue mich darüber, weil es mir beweist, daß unsere Arbeit auf guten Boden fällt.

Nun muß ich noch eine andere Frage erörtern, damit meine Auffassung verstanden wird. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden mit dem Tag des Eintritts in die Fabrik vollwertiges Mitglied des Verbandes. Sie erhalten sofort den tariflich festgesetzten Lohn und sind in der Lage, mindestens in der 2. Klasse einen Beitrag leisten zu können, haben somit also alle Rechte und Pflichten der übrigen Kollegenschaft.

Bei den Lehrlingen ist es etwas ganz anderes. Für sie sorgt niemand. Sie sind schulpflos der Ausbeutung des Unternehmers ausgeliefert, weil sich leider die Eltern der Jungen sehr wenig darum kümmern, was der Junge lernt. Sie verstehen ja meistens nichts davon, weil fast jeder Vater seinen Bubens davor warnt, sein Handwerk zu ergreifen, weil jeder Vater fest davon überzeugt ist, daß sein Beruf der schlechteste ist. Lehrverträge werden unterschrieben, in denen Löhne enthalten sind, die aller Beschreibung spotten. Im ersten Jahre 5 Mk., im zweiten 10, im dritten 15—20 Mk. werden von den Eltern anstandslos unterschrieben. Allerdings erfolgt in den meisten Fällen bald das Erwachen, aber es ist zu spät, da sich die Meister bei jeder Reklamation auf den unterschriebenen Lehrvertrag berufen und auch gerichtlich deshalb nicht belangt werden können.

Der Verbandsvorstand hat nun eine Klasse I für die Jugend eingeführt. Das paßt durchaus zu meiner Anschauung. Der Beitrag beträgt 1 Mk. wöchentlich. Es taucht nun die Frage auf: Kann ein Lehrling diesen Beitrag bezahlen? Ich will hier einen Fall heranziehen, der in Stuttgart in unserem Gewerbe nicht vereinzelt ist. Der Junge ist im dritten Lehrjahre und bezieht ein Gehalt von 8 Mk. (in Worten acht M a r k) wöchentlich, davon müßte nun 1 Mk. für Beitrag entrichtet werden. Ich glaube kaum, daß die Eltern gestatten würden, daß ihr Junge unserem Verbandsbeitrag beiträgt. Solange die Lehrlinge keinen Tarif haben, nach dem sie entlohnt werden müssen, ist ein Unterschied zwischen Lehrling und jugendlichem Arbeiter. Beides zusammengeworfen, würde den Verband schädigen, da die jugendlichen Hilfsarbeiter in der 2. Klasse ohne weiteres Steuern, aber in der 1. Klasse nur die Hälfte entrichten würden. Somit würde das für die Verbandskasse jährlich eine ziemlich große Summe an Mindereinnahmen ausmachen.

Bei dieser Frage ist auch noch zu sagen, daß es nicht sein kann, daß der Beitrag von 1 Mk. nach Abzug von 3 Proz. der Verbandskasse zusteht und die Ausgaben für die Jugend vollständig die Verbandskasse tragen muß. Es müßte meiner Auffassung nach mindestens die Hälfte am Ort bleiben, denn die Ausgaben für die Jugend sind nicht gering.

Die jugendlichen Hilfsarbeiter müssen unter allen Umständen Mitglieder der Organisation bleiben. Die Lehrlinge können es sich nicht leisten, deshalb müssen wir dieselben auf andere Art an die Organisation fesseln. Damit ist nicht gesagt, daß die übrigen Jugendlichen von allen Veranstaltungen ausgeschlossen wären. Das wäre falsch und liegt nicht in meiner Absicht, paßt gar nicht zu meiner Auffassung in der Jugendfrage. Zu allen Veranstaltungen sind sämtliche jugendliche herzlich willkommen. Je größer der Kreis, je lieber ist es mir. Die Jugend muß lernen, da gibt es keinen Unterschied, ob Lehrling, ob Hilfsarbeiter, beide haben darin dieselben Interessen. Beiden muß derselbe Ehrgeiz zu eigen sein, tapferer Kämpfer in unseren Reihen zu werden. Darin fördern wir sie gemeinsam. Berufliche Fragen müssen beide für sich regeln, deshalb ist und bleibt es notwendig, daß innerhalb der Jugendabteilung eine Lehrlingsabteilung besteht, die ab und zu für sich Versammlungen braucht. In dieser Auffassung halte ich fest.

Paul Döbbling, Stuttgart.

Berichtigung.

In der letzten Nummer der „B.Z.“ ist die Abrechnung des Verbandes vom 4. Quartal 1921 enthalten. Durch einen Setzfehler ist in der Ueberschrift zur großen Tabelle diese Abrechnung als die des 3. Quartals bezeichnet worden. Das ist natürlich falsch, wie jeder Leser schon aus dem begleitenden Text hat erkennen können, daß es sich um die des 4. Quartals handelt.

Kundschau.

Die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenbewegung. Eine der aus der Not der Zeit geborenen Bewegungen ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbfeind der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit, belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustandzubringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der politisch und religiös einseitig orientierte Persönlichkeiten an der Schaffung neuer Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen, die sich nach dem Kriege auch plötzlich der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen anzuschließen suchten, noch der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der christlichen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielt und vollkommen nationalitätlich und religiös eingestellt ist. Die Gründung dieses Zentralverbandes, zunächst

unter dem Namen: „Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer“, ist unter dem Begriff des christlichen Gewerkschaftsführers und deutschen nationalen Abgeordneten Behrens und der Mitgliede der christlichen, nationalen und kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften erfolgt. Schon die Gründung zeigte, daß es sich um eine Sammlung der aus „nationalen Boden stehenden“ Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen handelte. Vorstehender ist der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des deutschen Handlungsgewerkschaftenverbandes Tietel. Wie der Zentralverband von den christlichen Gewerkschaften protegirt wird, zeigt ein Beschluß des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften vom November 1920 in Essen, in dem gelagt ist, daß es der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein kann, welchen Organisationen die Kriegeropfer angehören und daß nur der Zentralverband empfohlen werden kann. Bezeichnend für den Geist und die Tendenz des Zentralverbandes ist die Tatsache, daß er sich bereits seit nahezu 2 Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Roffhäuser-Bund der deutschen Kriegervereine befindet. Der Zentralverband verliert jedoch, die Kriegeropfer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzudenken und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitgliederfang treiben zu können. Es sei deshalb demgegenüber darauf hingewiesen, daß als älteste und größte, sowie parteipolitisch und religiös vollständig neutrale Organisation der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“, Berlin SW. 20, Belle-Alliance-Str. 16, in Frage kommt. Der Reichsbund verfolgt keinerlei

Nebenziele, seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Für die sachliche Arbeit des Reichsbundes schon viele Erfolge gezeitigt hat. Der Reichsbund mit seinen 800 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch zukünftig die Interessen der Kriegsopfer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsopfer, wenn sie den Reichsbund möglichst zu stärken suchen.

Der 12. Konsumgenossenschaftstag findet am 18. bis 22. Juni 1922 in Eisenach in Thüringen statt. Mit dem Konsumgenossenschaftstag ist vorhergehend am 18. und 19. Juni eine Versammlung des Generalrats verbunden. Außer der mit dem Genossenschaftstag verbundenen Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats soll eine solche Versammlung Ende April an einem noch näher zu bestimmenden Ort Mitteldeutschlands stattfinden. Die Verbandstage der zehn Revolutionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden in der Zeit zwischen dem 6. und 26. Mai in Bad Salzungen, Siedtin, Gera, Ebingen, Dessau, München, Bauen, Görlitz, Elberfeld und Karlsruhe abgehalten werden.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
U. = Unterstützungsausgeber.
Danzig. B.: A. Ceraft, Bangarter Hintergasse 2.
K.: A. Flach, Hundegasse 98 I.
Görlitz. B.: E. Lefche, Südenstr. 1.
K.: E. Georg, Stumpfenbiel 8. U.: G. Günther, Pringenstraße (Volksblatt).

Sterbetafel.

Im März sind und folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Wagen. Heinrich Lange, Buchbinder, 40 Jahre, Bauchfellentzündung.
- Hermann-Elberfeld. Hermann Brenes, Kartg.-Arbeiter, 55 Jahre, Grippe.
- Ema Putich, Buchbinderarbeiten, 18 Jahre, Lungentzündung.
- Berlin. Emil Lohstafel, Buchbinder, 60 Jahre, Herzschwäche.
- Hermann Darmer, Buchbind., 50 Jahre, Bluthiere.
- Adolf Schulz, Buchbinder, 54 Jahre, Blutvergiftung.
- Karl Hampel, Buchbinder, 57 Jahre, Gehirnerweichung.
- Elisabeth Henze, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Gehirnerweichung.
- Elfe Gah, Buchbinderarbeit, 81 Jahre, Tuberkulose.
- Anna Löhner, Kartonnagenarbeiterin, 84 Jahre, Blutvergiftung.
- Chemnitz. Luise Gladowig, Kartonnagenarbeiterin, 80 Jahre alt, Grippe und Rippenfellentzündung.
- Dresden. Margarete Hauser, Kartonnagenarbeiterin, 22 Jahre, Gasvergiftung.
- Theodor Freytag, Buchbind., 65 Jahre, Herz- und Nierenleiden.
- Eduard Schloffer, Lagerist, 66 Jahr, Darmabzef.
- Klara Förster, Kartonnagenarbeiterin, 21 Jahr, Herzfehler.
- Rosa Hlemann, Kartonnagenarbeit., 18 Jahr, Lungenleiden.
- Essen a. d. Ruhr. Karl Saleyfi, Buchbinder, 22 Jahre, Lungenkrank infolge Kriegsverletzung.
- Karl Holtkamp, Buchbinder, 21 Jahre, Lungenkrankheit.
- Frankfurt a. d. O. Frau Johanna Neumann, Buchbinderarbeiten, 28 Jahre, Wochenbett.
- Gau Sachsen. Alfred Viertel, Kartonnagenhilfsarbeiter, 17 Jahre, Operation.
- Wummersbach-Hinterst. Helene Graf, Buchbinderarbeiten, 23 Jahre, Lungenleiden.
- Hamburg-Altona. Doris Ehlers, Buchbinderarbeiten, 60 Jahre.
- Friedrich Engel, Buchbinder, 50 Jahre.
- Frieda Wähling, Buchbinderarbeiten, 16 Jahre.
- Ganaq. Therese Dähler, Buchbinderarbeiten, 29 Jahre, Tuberkulose.
- Hannover. Martha Künzler, Buchbinderarbeiten, 28 Jahre, Lungenleiden.

- Drisberg. Anna Krebs, Buchbinderarbeiten, 57 Jahre, Grippe.
- Karlsruhe. Klara Lamarche, Papierwarenarbeit., 22 Jahre, Lungentuberkulose.
- Hermann Hügel, Buchbinder, 49 Jahre, Herzschlag.
- Leipzig. Wilhelmine Bellmann, Buchbinderarbeiten, 69 Jahre, Grippe.
- Ema Körntg, Buchbinderarbeiten, 26 Jahre, Grippe.
- Frieda Rebe, Buchbinderarbeiten, 34 Jahre, Grippe.
- Anna Heine, Buchbinderarbeiten, 28 Jahre, Lungentzündung.
- Emma Fißau, Koloristin, 88 Jahre, Grippe.
- Wahette Friedrich, Kartonnagenarbeiterin, 88 Jahre, Herzschlag.
- Dora Age, Buchbinder, 62 Jahre, Herzschlag.
- Eugen Schäß, Buchbinder, 68 Jahre, Leberkrebs.
- Ludenscheid. Marie Bendt, Papierwarenarbeiterin, 64 Jahre, Schlaganfall.
- Wandenburg. Franz Trenkler, Buchbinder, 46 Jahre, Lungentuberkulose.
- Manheim. Ludwig Schneider, Buchbinder, 46 Jahre, Asthma.
- Peter Brinzer, Buchbinder, 51 Jahre, Herzschlag.
- Heinrich Veyerer, Buchbind., 48 Jahre, Herzfehler.
- Karl Glasbatter, Buchbind., 84 Jahre, Herzschlag.
- Elise Degner, Buchbinderarbeiten, 25 Jahre, Operation.
- München. Magdalena Ruppert, Kartonnagenarbeiterin, 24 Jahre, Grippe.
- Josefine Bettler, Kartonnagenarbeiterin, 18 Jahre, Lungenleiden.
- Julie Seebauer, Kartonnagenarbeiterin, 20 Jahre.
- Regensburg. Karl Rohrer, Buchbinder, 46 Jahre, Magenleiden.
- Erlangen-Wald. August Schumacher, Buchbinder, 55 Jahre, Lungentzündung.
- Stuttgart. Paul Baber, Buchbinder, 63 Jahre, Herzleiden.
- Hermann Rau, Buchbinder, 19 Jahre, Herzleiden.
- Frau Karoline Ballrath, Buchbinderarbeiten, 57 Jahre, Lungentzündung.
- Wiesdorf. Paul Kettner, Buchbinder, 43 Jahre, Lungenleiden.

Allen ein ehrendes Andenken!

ANZEIGEN

Grüne u. blaue Buchbinderfärbungen
 liefert i. erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen an jeder d. Stg. in Kännern, Gr. 80/100, mit Benz. oder Stear. 12/50, — das Stück.
 Arbeitslohnanteil Mt. 180.— bis 200.—

A. C. Volz
 Berufslehrgang abricktion
 Stuttgart, Kottbiter 77, Tel. 2355
 verlangen Sie Musterlebung, Einzelvorwand geg. Nachnahme.
 Bei der Anschaffung beim Bundeslag in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vortzöglich anerkannt

Technischer
 für Besteinrichtungen u. Einzel. Dauernde Stellung.
Hermann Rockmann,
 Hannover
 Auf der Insel 8.

Anzeigen
 finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.

2 Buchbinder,
 in Partearbeit bewandert,
2 Hesterinnen,
 an Habenheftmaschinen geübt, sowie einige tüchtige **Buchbinderarbeiten** zum baldigen Eintritt gesucht.

G. Wehring, Buchbinder, Stelesfeld.

Esperanto! Por verki statistikon, ĉin kolego kaj kolegino, kinj komprenas Esperanton, estas petataj sendi sian adreson al kolego:
Hugo Hempel, Leipzig-Neust., Neustädter Markt 6.

Warenverforgung
des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die A.D.G.B. hat neuerdings einen großen Vorken billiger Bekleidungsgegenstände beschafft, die in den nachstehenden Verteilungsstellen an die organisierten Mitglieder abgegeben werden.

| | |
|-----------------------|-------------------|
| Bismarckstraße 68 | Drummenstraße 185 |
| Sebastianstraße 37/38 | Engelauer 30 |
| Schönhauser Allee 173 | Sablonstraße 6 |
| Kottbuser Damm 88/89 | |

Karlshorst: Hegemeisterweg 54.
 Köpenick: Pallas-Bilow-Strasse 101.
 Friedrichshagen: Scharnweberstraße 4.
 Spandau: Achenbachstraße, Restaurant Nimm.

Verbandsbuch mitbringen!
Kollegen übt Solidarität!

Kauf in Euren eigenen Geschäften.